

WOLFGANG SCHROEDER

## CHRISTLICHE SOZIALPOLITIK ODER SOZIALISMUS

Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter  
DGB-Kongreß 1954

### Einleitung

Der Katholizismus, die DGB-Gewerkschaften und die SPD hatten in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ein gemeinsames Schicksal. Ihre Bemühungen, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zu beeinflussen, blieben weit hinter den eigenen Vorstellungen zurück. Weder gelang es dem Katholizismus, eine christliche Gesellschaftsordnung aufzubauen, noch konnte er die CDU – auf dem für ihn so wichtigen kulturpolitischen Gebiet – nachhaltig beeinflussen. Das programmatische Hauptziel der Gewerkschaften, die Wirtschaftsdemokratie, war ebenfalls politisch blockiert. Die SPD lehnte die soziale Marktwirtschaft und die Westintegration ab. Diese Haltung brachte ihr weder die politische Führung ein, noch konnte sie dadurch die deutlichen Positionen der CDU in Frage stellen.

Katholizismus, DGB und SPD sahen sich also in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre vor einer ähnlichen Problemlage: Entweder sie nahmen eine Kurskorrektur vor und anerkannten die ökonomischen, politischen und kulturellen Bedingungen, oder sie hielten an ihrer bisherigen Orientierung fest und stellten damit die bestehende Ordnung in Frage. Innerhalb des Katholizismus stritt man darum, ob die Einheitsgewerkschaft oder die christliche Gewerkschaft befürwortet werden sollte. In der SPD war das Streitfeld markiert durch die Pole: Klassenpartei oder Volkspartei. In den DGB-Gewerkschaften ging die Selbstverständnisdebatte im Kern um die Frage des politischen Mandates der Gewerkschaften. In diese Konfliktkonstellationen war die Kontroverse zwischen Viktor Agartz und Oswald von Nell-Breuning eingebunden.

Der Frankfurter DGB-Kongreß im Oktober 1954 und seine Folgen gehören zu den sonderbarsten Ereignissen in der Geschichte der bundesdeutschen Gewerkschaften. In Opposition zur Außen- und Wirtschaftspolitik der CDU/FDP-Regierung sprach sich der DGB-Kongreß gegen einen bundesdeutschen Wehrbeitrag aus. Im Grundsatzreferat, gehalten von Viktor Agartz, wurden die Prämissen der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik negiert. Beides wurde auf dem Kongreß umjubelt. Diese politisch brisanten Entscheidungen hatten jedoch keine Bedeutung für die Orientierung der bundesdeutschen Gewerkschaftspolitik. Darüber hinaus kam es

sogar zur Bekämpfung derjenigen, die sich entschieden für ihre Verwirklichung einsetzten.

Dieser Widerspruch ist geprägt durch jene spezifische Konstellation Mitte der fünfziger Jahre, in der sich die gewerkschaftliche Krise, die Gewerkschaftsdiskussion im Katholizismus (DGB oder christliche Gewerkschaft) und die Modernisierungsdiskussion in der SPD (Klassen- oder Volkspartei) unter den Bedingungen des Kalten Krieges wechselseitig verstärkten.

Unmittelbar nach dem Kongreß begann die Relativierung und Ignorierung der Frankfurter Beschlüsse in den gewerkschaftlichen Gremien. Doch der aktivste, offensivste und öffentlichkeitswirksamste Kampf gegen die Frankfurter Ergebnisse erfolgte vor allem durch die Repräsentanten, Organisationen und Medien des sozialen Katholizismus. Eine herausragende Bedeutung kam dabei dem Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning zu. Im Zuge der von ihm entfalteten Initiative gegen Viktor Agartz und das gewerkschaftliche Neuordnungsprogramm wurde er zur strategischen Schlüsselfigur, die zur Stabilisierung von Kräftekonstellationen im DGB und in der SPD beitrug. Über diese Wirkung hinaus verfolgte er inhaltliche Positionen und Interessen, die mit seiner Stellung im bundesdeutschen Katholizismus zusammenhingen. Durch die Ausgrenzung der Agartzschen Position erhoffte er sich einen stärkeren Einfluß auf den DGB und damit eine größere Akzeptanz der Einheitsgewerkschaft im sozialen Katholizismus. Dies erschien ihm als wirksames Mittel, um gegen die entschiedenen Befürworter einer christlichen Gewerkschaft vorzugehen.

Eine eigenständige Arbeit zur Kontroverse zwischen Agartz und Nell-Breuning liegt bisher nicht vor. Bedenkt man, welche Aufmerksamkeit dieser Konflikt in den Überblicksdarstellungen zur bundesdeutschen Gewerkschaftsgeschichte<sup>1</sup> sowie in den Abhandlungen über Viktor Agartz<sup>2</sup> findet, so ist dies mehr als erstaunlich.

Die Gesichtspunkte, unter denen diese Kontroverse betrachtet wird, weichen in

<sup>1</sup> Vgl. Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1989, S. 526 ff.; Franz Kusch, *Das Kartell. Die Gewerkschaften in Deutschland*, Stuttgart 1980, S. 182 ff.; Werner Mühlbradt/Egon Lutz, *Der Zwang zur Sozialpartnerschaft*, Darmstadt 1969, S. 75; Theo Pirker, *Die blinde Macht*, Bd. 2, Berlin 1979, S. 139 ff.; Michael Schneider, *Kleine Geschichte der Gewerkschaften. Ihre Entwicklung in Deutschland von den Anfängen bis heute*, Bonn 1989, S. 274 f.; Klaus Schönhoven, *Die Deutschen Gewerkschaften*, Frankfurt 1987, S. 220; Hans Stadler, *Die Gewerkschaften ein Staat im Staate*, München 1965, S. 182 ff.; Günter Triesch, *Die Macht der Funktionäre*, Düsseldorf 1956, S. 61–71. Am ausführlichsten wird dieses Thema bei Theo Pirker behandelt.

<sup>2</sup> Vgl. insbesondere: Hans-Georg Hermann (Pseudonym), *Verraten und Verkauft. Eine Abrechnung*, Frankfurt a. M. 1983 (Wiederauflage), S. 127 f.; diese Schrift ist als historische Quelle problematisch; Bernd Koolen, *Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Köln 1979, S. 37 ff.; Hans-Peter Riese, *Von der „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ zur „Expansiven Lohnpolitik“*. Ein Beitrag zur Biographie von Viktor Agartz, Diss. Hannover 1979, S. 159–164; Hans-Willi Weitzen, *Gewerkschaften und Sozialismus. Naphtalis Wirtschaftsdemokratie und Agartz Wirtschaftsneuordnung*, Frankfurt a. M. 1982, S. 238.

den Überblicksdarstellungen voneinander ab. Michael Schneider lokalisiert das Ausscheiden von Agartz aus dem DGB im Kontext der „Kontroverse um Lohnpolitik und Vermögensbildung“<sup>3</sup>, für Klaus Schönhoven dokumentiert der Fall Agartz, „daß seit Mitte der fünfziger Jahre eine vom Marxismus inspirierte Analyse nicht mehr in die politische und gewerkschaftliche Landschaft der Bundesrepublik paßte“<sup>4</sup>. Frank Deppe und Theo Pirker setzen den Akzent auf die politische Anpassung der Gewerkschaften an die herrschende Politik in der Adenauer-Ära. Konsens besteht darüber, daß die Ausgrenzung des Agartz-Flügels vor allem auf den massiven Widerstand christlich-sozialer Gewerkschafter, insbesondere auf die „scharfen Angriffe des Oswald von Nell-Breuning“, zurückgeführt werden kann<sup>5</sup>.

In der katholischen Publizistik wird die Bedeutung Nell-Breunings in dieser Kontroverse nicht selten ins legendenhaft-heroische überzeichnet, wie folgendes Beispiel zeigt: „Mit Agartz in die Spaltung des DGB? Man kann die geschichtliche Wirkung dieser Rede etwa mit einer Catilina-Rede eines Cicero vergleichen. Ein Mann, der die Arbeiterschaft in ein gefährliches Abenteuer stürzen wollte, wird durch einen Gelehrten bloßgestellt. Nell-Breuning schleudert ihm in seinem Münchener Vortrag vom 11. I. 1955 die vier Anklagen in das Gesicht: Irrgarten staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen; politischer und klassenkämpferischer Radikalismus; Verantwortungslosigkeit; Spaltung des DGB. Wer die bedachtsame, kühle Natur des analysierenden Gelehrten kennt, wird beim Lesen dieser Rede immer wieder von der Leidenschaft des von der Wahrheit Überzeugten überrascht. Der Erfolg dieser Rede war ein Sieg der Demokratie.“<sup>6</sup>

Obwohl die Bedeutung der christlich-sozialen Offensive gegen Viktor Agartz von allen Autoren betont wird, hat dies nicht dazu geführt, die Problemlagen des sozialen Katholizismus, die Motive und Bedingungen des politischen Handelns Oswald von Nell-Breunings sowie die Interdependenz der Interessen zwischen DGB, SPD und Katholizismus zu untersuchen. Das soll im folgenden versucht werden.

Der Versuch stützt sich auf eine sehr vielschichtige Quellenbasis. Neben den veröffentlichten Quellen (Streitschriften, Zeitungsberichte, Vorträge usw.) wurden Protokolle der DGB-Vorstände, der katholischen Verbände und Korrespondenzen von Personen, die an dieser Kontroverse beteiligt waren, ausgewertet. Eine weitere Erhellung erbrachte die Befragung von Zeitzeugen. Das schriftliche Primärquellen-

<sup>3</sup> Schneider, *Geschichte der Gewerkschaften*, S. 275.

<sup>4</sup> Schönhoven, *Gewerkschaften*, S. 220.

<sup>5</sup> Hans-Willi Weitzen (Hrsg.), *Viktor Agartz. Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft*, Frankfurt 1985, S. 22f.

<sup>6</sup> *Echo der Zeit* vom 1. 12. 1957, Besprechung. In ähnlicher Weise argumentierte auch Prof. Franz Deus in seiner Laudatio bei der Verleihung des Freiherr vom Stein-Preises an Nell-Breuning: „Man darf und muß die Frage stellen: Wohin hätte der Weg der Einheitsgewerkschaft geführt, wenn Oswald von Nell-Breuning nicht vor neun Jahren, am 11. Januar 1955, in München seine warnende Stimme gegen Viktor Agartz erhoben hätte ...“, in: Stiftung F. V. S. zu Hamburg, *Freiherr-vom-Stein-Medaille in Gold*, Hamburg 1964, S. 9f.

material wurde in Verbands- (Gewerkschaften und kirchliche Verbände), Partei- (SPD und CDU), Ordens- (Jesuiten) sowie privaten Archiven und Nachlaßbeständen gefunden.

### 1. Die innergewerkschaftliche Diskussion

Die Einheitsgewerkschafter formulierten unter den besonderen Bedingungen der Nachkriegszeit weitreichende wirtschafts- und sozialpolitische Ziele. Die Niederlagen der SPD bei den ersten beiden Bundestagswahlen (1949 und 1953)<sup>7</sup> sowie die Ablehnung der gewerkschaftlichen Vorstellungen zum Betriebsverfassungsgesetz (1952) machten deutlich, daß diese Ziele weder mit der SPD noch durch einen „Kuhhandel“ mit der Adenauer-Regierung erreicht werden konnten<sup>8</sup>.

Die Spaltungsdrohungen aus christlich-sozialen Kreisen sowie die Infragestellung des paritätischen Mitbestimmungsgesetzes in der Montanindustrie drohten sogar die DGB-Politik auf eine grundsätzliche Weise zu gefährden<sup>9</sup>. Verschärft wurden diese Niederlagen und Probleme durch zunehmend gewerkschaftskritischer eingestellte öffentliche Medien, stagnierende bzw. kurzfristig zurückgehende Mitgliederzahlen und nicht zuletzt durch eine Rechtsprechung<sup>10</sup>, die den gewerkschaftlichen Handlungsspielraum stärker einschränkte.

Während die Gewerkschaften negative ökonomische Entwicklungen für die Arbeitnehmer prognostizierten und ihre Neuordnungsvorstellungen mit den Defiziten des Marktes begründeten, war die ökonomische Entwicklung der fünfziger Jahre durch eine stetige Expansion und durch ein kontinuierliches Sinken der Arbeitslosenzahlen geprägt. Der durch die politische und ökonomische Entwicklung in der DDR forcierte Antikommunismus und der Konsumnachholbedarf schufen zudem ein innenpolitisches Freund-Feind-Klima, „das allen Streit über die Ausge-

<sup>7</sup> Die den Gewerkschaften nahestehendste Partei, die SPD, kam weder 1949, 1953 noch 1957 über die 30%-Hürde bei den Bundestagswahlen. Auf Bundesebene gelang es dem Bürgerblock sogar, die Sozialdemokratie in eine kommunistische Ecke zu drücken. Vgl. Horst W. Schmollinger/Richard Stöss, Bundestagswahlen und soziale Basis politischer Parteien in der Bundesrepublik I, in: Prokla 25, Berlin 1976, S. 25 f.

<sup>8</sup> Verwiesen sei hier auf Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, Bd. 2, München 1971, S. 66: „Er (Böckler, W. S.) hatte die Wiederbewaffnung schon lange kommen sehen, hatte sie seit Winter 1949/50 für unvermeidlich gehalten. Auf die Entwicklung, die zu neuen Streitkräften führte, hatte seiner Ansicht nach der DGB gar keinen Einfluß. Möglich und nötig schien ihm dagegen, für das gewerkschaftliche Stillhalten, für die stillschweigende Unterstützung der Adenauerschen Außen- und Verteidigungspolitik jetzt dem Bundeskanzler eine Gegenleistung – eine demokratische Wirtschaftsverfassung, die Neuordnung der deutschen Wirtschaft – abzuverlangen.“

<sup>9</sup> Vgl. Ulrich Borsdorf, Der Anfang vom Ende? Die Montanmitbestimmung im politischen Kräftefeld der frühen BRD (1951–1956), in: Rudolf Judith (Hrsg.), 40 Jahre Mitbestimmung. Erfahrungen, Probleme, Perspektiven, Köln 1986.

<sup>10</sup> Vgl. Rainer Erd, Verrechtlichung industrieller Konflikte. Normative Rahmenbedingungen des dualen Systems der Interessenvertretung, Frankfurt 1978.

staltung der Bundesrepublik zum Existenzrisiko der BRD und ihrer Bestandsbedingungen hochspielen ließ“<sup>11</sup>.

Seit 1952 entwickelte sich eine lebhafte innergewerkschaftliche Debatte über die einzuschlagende Strategie. Ursache für diese Diskussion war die größer werdende Kluft zwischen dem programmatischen Anspruch der Gewerkschaften, wie er in den Münchner Grundsätzen niedergelegt war<sup>12</sup>, und ihrer Alltagspraxis. Unmittelbarer Auslöser war die Niederlage des DGB im Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz 1952.

Während auf der Ebene des Diskurses über den richtigen gewerkschaftlichen Weg noch heftig gefochten wurde, vollzogen sich bereits weitreichende Vorentscheidungen auf der Ebene der gewerkschaftlichen Praxis und Strukturen. Im Verhältnis von Dachverband und Einzelgewerkschaften setzten sich Anfang der fünfziger Jahre deutliche Akzentverschiebungen durch, die auf Entscheidungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit zurückgehen<sup>13</sup>. So verlor der DGB nach der Verabschiedung der Montanmitbestimmung 1951 als Dachverband zunehmend an Einfluß zugunsten der Einzelgewerkschaften<sup>14</sup>. In den Mittelpunkt gewerkschaftlicher Praxis rückte nun die Tarifpolitik<sup>15</sup>, die von den Industriegewerkschaften getragen wurde. Trotz einiger Versuche konnte auf diesem Gebiet keine zentrale Koordinierung durch den Dachverband erreicht werden<sup>16</sup>. Dagegen blieb der Dachverband weiterhin der zentrale Akteur in der Mitbestimmungspolitik, die allerdings immer weniger Bedeutung einnahm<sup>17</sup>.

Die Führung des DGB praktizierte in dieser Situation die Strategie des Durchlaviens bei gleichzeitiger Anlehnung an den Modernisierungsprozeß in der SPD. Verkürzt gesprochen, standen sich in der gewerkschaftlichen Strategiedebatte von 1952 bis 1955 drei unterschiedliche Optionen gegenüber:

a.) *Radikaler gewerkschaftlicher Reformismus*<sup>18</sup>: Die Vertreter dieser Richtung

<sup>11</sup> Wolfgang Narr, Der Weg zum Volksparteien-Staat der christdemokratischen Grundordnung, in: Die Linke im Rechtsstaat, Bd. 1, hrsg. v. Bernhard Blanke u. a., Berlin 1976, S. 172.

<sup>12</sup> Die zentralen Forderungen in den wirtschaftspolitischen Grundsätzen des DGB in München waren 1949: Mitbestimmung, Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum und zentrale volkswirtschaftliche Planung. Dokumentiert in: Schneider, Geschichte der Gewerkschaften, S. 457 ff.

<sup>13</sup> Die grundsätzliche Entscheidung zugunsten der Autonomie der Einzelgewerkschaften und gegen eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung mit einem starken Dachverband an der Spitze fiel bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Vgl. Pirker, Macht, Bd. 1, S. 144. Eine aktuelle Untersuchung über die Veränderungen des Dachverbandes wurde soeben vorgelegt von: Hans-Hermann Hertle/Rainer Weinert, Der Rückzug des DGB aus der Fläche: Strukturreform oder Teilstillegung? 1989, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung, Nr. 17.

<sup>14</sup> Horst Thum, Mitbestimmung in der Montanmitbestimmung. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1982.

<sup>15</sup> Vgl. Schneider, Geschichte der Gewerkschaften, S. 274 ff.

<sup>16</sup> Der zu diesem Zweck eingerichtete tarifpolitische Ausschuß des DGB wurde lediglich ein Diskussionsforum ohne bindende Wirkung. Agartz stellte dort auch sein Konzept der expansiven Lohnpolitik zur Diskussion. Vgl. Zentralarchiv der IGM, Frankfurt: Protokolle tarifpolitischer Ausschuß vom 13. 5. 1953, 24. 2., 25. 3. und 8. 4. 1954, AO: IGM/DGB 1953 und 1954.

<sup>17</sup> Vgl. Alfred Horne, Der beklagte Sieg. Gespräche über die Mitbestimmung, Villingen 1959.

<sup>18</sup> Vgl. Pirker, Macht, Bd. 2, S. 82 ff.

kämpften darum, daß die Gewerkschaften als Gestaltungs- und Gegenmacht an den Neuordnungsforderungen der „Münchener Grundsätze“ (1949) festhielten. Die bekanntesten Exponenten in der Öffentlichkeit waren Viktor Agartz, Max Wöner und Theo Pirker. Letzterer bezeichnete die Gewerkschaft als „öffentlichen Verband“<sup>19</sup>, der jenseits der Parteien ein eigenes politisches Initiativrecht besitze: „Die deutschen Gewerkschaften haben durch ihre Forderung nach Mitbestimmung, durch ihre Forderung nach Planung, den Weg zu einer neuen politischen Ordnung beschritten. War es ihnen unklar, daß sie damit eine Verfassungsfrage von weitgehender Bedeutung und mit weitgehenden Folgen gestellt haben, daß ihr Kampf ein Kampf um eine neue Verfassung der Gesellschaft ist? Wer sich auf diesen Weg begeben hat, muß weitergehen, muß weiterkämpfen oder kapitulieren.“<sup>20</sup> Weiterhin forderte diese Gruppe eine Stärkung des DGB als Dachverband. Dabei ging es ihnen um eine Zentralisierung im Sinne einer stärkeren Koordination der einzelgewerkschaftlichen Aktivitäten. Neben der grundsätzlichen Überlegung war dies eine Reaktion auf das eifersüchtige Beharren der Einzelgewerkschaften auf ihrer Selbständigkeit. Ihr Anliegen war es, die Kluft zwischen den Belegschaften und den Gewerkschaften, die sich durch das Betriebsverfassungsgesetz und betriebsinterne Maßnahmen vergrößert hatte, abzubauen.

Die Verfechter eines radikalen gewerkschaftlichen Reformismus bildeten keine feste und organisierte Gruppe. Dadurch, daß sie an die Vorstellungen großer Teile der politisch aktiven Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte anknüpften und in öffentlichkeitswirksamer Form agierten, konnten sie von 1952 bis 1955 eine relativ große Popularität in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit erreichen.

b.) *Gewerkschaftlicher Aktionismus*: Die Vertreter dieser Richtung (Hermann Beermann, Otto Brenner, Werner Hansen u. a.) forderten ein Aktionsprogramm, das relativ unabhängig von den konkreten politischen Verhältnissen mit gewerkschaftlichen Mitteln Erfolge versprach. Diese sollten das Fundament bilden, auf dem die Gewerkschaften langfristig auch wieder politisch aktiv werden könnten. Sie hielten Meinungsäußerungen der Gewerkschaften zu politischen Fragen für legitim, wandten sich aber gegen ein aktives gewerkschaftliches Engagement bei rein politischen Problemen, da hier angesichts der vorhandenen Machtverhältnisse eine Niederlage unausweichlich sei. Sie orientierten sich an der IG Metall, von der man sich die Durchsetzung zentraler Ziele erwartete („Schrittmacher“), die dann auch von den anderen Gewerkschaften angestrebt werden sollten. Das Denk- und Aktionszentrum für diese Politik lag im „Zehnerkreis“<sup>21</sup> sowie in der Zentrale der IG Metall

<sup>19</sup> Vgl. Theo Pirker, Um die Führung der Nation, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 6 (1951), S. 290–295; ders., Die Gewerkschaften als politische Organisation, in: Ebenda 2 (1952), S. 76–80; ders., Staatsautorität und politische Ordnung, in: Ebenda 10 (1952), S. 577–583.

<sup>20</sup> Pirker, Die Gewerkschaften als politische Organisation; ders., Staatsautorität und politische Ordnung, S. 583.

<sup>21</sup> Unter der Initiative von Sigi Neumann (1907–1960), dem Betriebsgruppensekretär beim Parteivorstand der SPD (bis 1954) und späteren Mitarbeiter von Otto Brenner (1954–1960), traf sich dieser Kreis in den Jahren 1952 bis 1960 mehr oder weniger regelmäßig. Mitglieder dieses Kreises waren:

in Frankfurt. Das DGB-Aktionsprogramm von 1955 geht maßgeblich auf ihre Initiative und ihren Einfluß zurück.

c.) *Neutralisierung der Gewerkschaften im politischen Bereich*: Das zentrale Anliegen dieser Richtung war die Beschränkung der Gewerkschaften auf tarifvertraglich regelbare Ziele. Deshalb sollten die Gewerkschaften eine strikte Abstinenz in allen Fragen einhalten, die dem Aufgabenbereich der Parteien zugeordnet seien. Diese Haltung wurde sowohl von sozialdemokratisch wie auch von christlich-sozial orientierten Gewerkschaftern gefordert, am vehementesten aber von der Christlich-Sozialen-Kollegenschaft<sup>22</sup>. Hierbei handelte es sich um eine Gruppe mehrheitlich katholischer Gewerkschafter, die sich in den Jahren 1952/53 um den Jesuitenpater Herbert Reichel gebildet hatte. Mit den „Gesellschaftspolitischen Kommentaren“ publizierte sie ein eigenes – vierzehntägig erscheinendes – innergewerkschaftliches Oppositionsblatt. Eine Zeit lang bildete diese Gruppe einen wichtigen Bezugspunkt für Oswald von Nell-Breunings Wirken im DGB. In ihrem Kampf gegen den radikalen gewerkschaftlichen Reformismus und gegen die Gründung Christlicher Gewerkschaften arbeitete die Kollegenschaft in den Jahren 1954/55 mit der Mehrheit des DGB-Bundesvorstandes zusammen<sup>23</sup>.

## 2. Die Modernisierungsdiskussion in der SPD<sup>24</sup>

In der SPD hatten nach den Wahlniederlagen diejenigen Modernisierer Rückenwind erhalten, die die traditionelle Arbeiterpartei in eine moderne Volkspartei transformieren wollten. An diesem Projekt arbeiteten ethische Sozialisten und Sozialreformer gegen Traditionalisten und reformstrategisch orientierte Marxisten<sup>25</sup>. Das Dortmunder Aktionsprogramm (1952) und das Berliner Programm (1954) wurden von ihnen als erste wichtige Schritte auf diesem Weg angesehen.

Im Hinblick auf die Gewerkschaften strebten die Modernisierer in der SPD die Durchsetzung des Primates der Partei an. Nach der Wahl Walter Freitags zum

---

Sigi Neumann, Eduard Wald, Kuno Brandel, Hermann Beermann, Otto Brenner, Alfred Dannenberg, Werner Hansen, Peter Michels, Ludwig Linsert, Alfred Henze und Karl Hauenschild. Darüber hinaus gab es noch eine Reihe von Personen, die lose mit diesem Kreis in Verbindung standen (Fritz Rück, Georg Leber, P. v. Oertzen . . .). Mit Ausnahme des jüngeren Hauenschild kamen alle Angehörigen des Zehnerkreises entweder vom rechten Flügel der alten KPD oder vom ISK und der SAP. Auf das 1955 verabschiedete Aktionsprogramm hatte der Zehnerkreis einen maßgeblichen Einfluß. Im Vergleich zur Christlich-sozialen-Kollegenschaft trat dieser Kreis nie offen in Erscheinung. Vgl. hierzu: Franz Hartmann, Gewerkschaften in Niedersachsen nach dem 2. Weltkrieg, Göttingen 1979, S. 172 ff.

<sup>22</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Wolfgang Schroeder, Gewerkschaftspolitik zwischen DGB, Katholizismus und CDU 1945 bis 1960. Katholische Arbeiterführer als Zeitzeugen in Interviews, Köln 1990.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 103–150.

<sup>24</sup> Vgl. Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Bonn 1982.

<sup>25</sup> Vgl. Siegfried Heimann, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch, Bd. 4, Opladen 1983, S. 2043 f.

DGB-Bundesvorsitzenden (1952) hieß es in einem vertraulichen Bericht an den SPD-Parteivorstand: „Gewiß kann der Erfolg nicht hoch genug eingeschätzt werden; er bedeutet vor allem, daß zwischen Partei und Gewerkschaften in Zukunft die Möglichkeit eines besseren Verhältnisses gegeben ist; er demonstriert die moralische Autorität der Partei auch innerhalb der Gewerkschaften; er bedeutet den Sieg des sozialdemokratischen Bewußtseins über Verbandsegoismen.“<sup>26</sup>

Über die gewerkschaftliche Konzeption von Freitag heißt es in diesem Bericht: „Gerade weil Walter Freitag als ausgesprochener Kandidat der Partei gewählt und von uns gefördert wurde, tragen wir ein großes Stück Verantwortung für seine Arbeit. Es ist völlig irrig anzunehmen, daß Walter Freitag radikal oder kämpferischer als Fette eingestellt ist. Er hat überhaupt keine gewerkschaftspolitische Konzeption und es müßten schon Wunder geschehen, wenn er die in ihn gesetzten Erwartungen jener Delegierten, die aufgrund unseres Einflusses sich für ihn entschieden haben, nicht enttäuscht.“

Neumann versäumte es aber nicht, gleichzeitig auf mögliche Gefahren hinzuweisen, die in dieser Stellung durch Freitag für die SPD ausgehen könnten: „Enttäuscht er aber, dann haben wir unsere Autorität bei unseren besten Anhängern verloren und beschwören auch einen neuen Führungswechsel herauf. Deshalb muß unsere ganze Kraft – in einem anderen Maße als bisher – darauf gerichtet sein, Walter Freitag mit Rat und Tat zu unterstützen und ihm zu helfen. Gerade jetzt müssen wir – mehr denn je – Vorkämpfer der Gewerkschaftseinheit sein und alles unterlassen, was die Christen zum Anlaß nehmen könnten, zu spalten.“<sup>27</sup>

Für die wirtschaftsprogrammmatische Debatte in der SPD waren die Sozialreformer und Wirtschaftstheoretiker Heinrich Deist, Heinz Ortlieb, Gerhard Weisser und Karl Schiller von Bedeutung. Deren Konzepte standen den Überlegungen von Viktor Agartz diametral entgegen, sie berührten sich aber mit Nell-Breunings Vorstellungen. Die Gruppe der ethischen Sozialisten um Willi Eichler<sup>28</sup>, die einen maßgeblichen Anteil an der Entwicklung des Godesberger Programmes hatte, bemühte sich darum, eine Brücke zum Katholizismus zu schlagen. Eine strategisch wichtige Bedeutung maß man dabei Oswald von Nell-Breuning zu<sup>29</sup>, der quasi als Brückenkopf im sozialen Katholizismus betrachtet wurde<sup>30</sup>.

<sup>26</sup> Hans Brümmer und Otto Brenner bemühten sich, Walter Freitag als Vorsitzenden der IG Metall loszuwerden, und setzten sich deshalb entschieden für seine Wahl zum DGB-Vorsitzenden ein. Vgl. Ein Leben in der Organisation. Alois Wöhrle berichtet, hrsg. v. IGM, Frankfurt 1983, S. 150.

<sup>27</sup> Sigi Neumann, Vertraulich! Nur für den Parteivorstand, 22. Oktober 1952, S. 1, in: Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (ASD), PV-02052.

<sup>28</sup> Sabine Lemke-Müller, Ethischer Sozialismus und soziale Demokratie. Der politische Weg Willi Eichlers vom ISK zur SPD, Bonn 1988, S. 227 ff.

<sup>29</sup> Neueste Veröffentlichung zum Verhältnis von SPD und Katholizismus: Thomas Brehm, SPD und Katholizismus – 1957 bis 1966, Frankfurt 1989. In dieser Arbeit, vgl. S. 63, wird Nell-Breunings Beitrag für den Annäherungsprozeß zwischen Katholizismus und SPD auf den Gedankenaustausch mit Willi Eichler reduziert.

<sup>30</sup> Bereits in einer der ersten Ausgaben der SPD-Theoriezeitschrift – „Die Neue Gesellschaft“ – konnte Oswald von Nell-Breuning als Autor gewonnen werden; Oswald von Nell-Breuning,



Aus der Sicht der sozialdemokratischen Modernisierer bestanden die entscheidenden Hindernisse auf dem Weg zur Volkspartei vor allem in einer marxistisch fundierten Partei- und Gewerkschaftspolitik sowie in einem geschlossenen und auf die CDU fixierten Katholizismus<sup>31</sup>. Im Hinblick auf die Modernisierung der SPD repräsentierte Nell-Breuning jenen Katholizismus, mit dem sich die Reformer langfristig eine engere Zusammenarbeit vorstellen konnten. Agartz dagegen repräsentierte den sozialistischen Gewerkschaftsflügel, der als Hindernis für eine beschleunigte Anpassung der SPD an die veränderten politischen Verhältnisse betrachtet wurde<sup>32</sup>.

### 3. Der Gewerkschaftsstreit im Katholizismus

Mit dem Sieg der CDU über die Zentrumsparterie<sup>33</sup> und mit dem Wegfall der christlichen Gewerkschaften waren zwei grundsätzliche Bezugspunkte des traditionellen Sozialkatholizismus nicht mehr existent. Damit hatten sich auch die Ausgangsbedingungen für den gesellschaftspolitischen Einfluß des bundesdeutschen Katholizismus grundlegend verändert. In den Jahren 1952 bis 1955 konzentrierte sich die christlich-soziale Bewegung zunehmend darauf, die Programmatik, die personelle Zusammensetzung und selbst die Existenz der Einheitsgewerkschaft in einer sehr öffentlichkeitswirksamen Weise in Frage zu stellen. Diese Bewegung kam nicht wie „Phönix aus der Asche“, vielmehr gab es innerhalb des Katholizismus von Anfang an Vorbehalte gegen eine starke und unabhängige Einheitsgewerkschaft. Diese wurde nur von einem kleinen Teil des sozialen Katholizismus als Chance begriffen.

Die große Mehrheit des Episkopats und der Verbandsführungen befürchteten, daß nach dem Wegfall der christlichen Gewerkschaften und angesichts der Bedeutungslosigkeit der Zentrumsparterie auch der politische Einfluß des deutschen Katholizismus erodieren würde. Darüber hinaus war ihnen die potentielle politische und ökonomische Macht der Einheitsgewerkschaft suspekt. Demgegenüber gab es nach

---

Katholische Kirche und heutiger Staat, in: „Die Neue Gesellschaft“ Nr. 3 (1954), S. 3–14. Die Veröffentlichung dieses Artikels stieß auf den heftigen Widerstand einiger Parteimitglieder. Ihnen gegenüber verteidigte Willi Eichler den Abdruck des Nell-Breuning Artikels: „Wir wissen, daß Nell-Breuning für seinen Aufsatz in der ‚Neuen Gesellschaft‘ nicht etwa ein Lob der katholischen Kirche erhalten hat, sondern das Gegenteil, und das war auch zu erwarten. Gerade deshalb haben wir versucht – mit Erfolg –, Menschen das Wort zu geben, die über den sturen Antikommunismus hinaus weiter sehen, obwohl sie zum Klerus gehören.“ Brief: Willi Eichler an Rolf Revendow vom 6. 1. 1955, in: ASD-PV-0652-Neue Gesellschaft 1954–1958.

<sup>31</sup> Die Modernisierer in der SPD gingen davon aus, daß die Wahlniederlagen der SPD darin begründet lägen, daß es nicht gelungen sei, die Mittelschichten, die Frauen, die freien Berufe und die Katholiken zu gewinnen. Vgl. Helga Grebing, Die Parteien, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1, Frankfurt 1983, S. 149 f.

<sup>32</sup> Vgl. Klotzbach, Staatspartei.

<sup>33</sup> Vgl. Ute Schmidt, Zentrum oder CDU. Politischer Katholizismus zwischen Tradition und Anpassung, Opladen 1987.

dem Krieg sowohl innerhalb des Verbandskatholizismus und erst recht in linkskatholischen Kreisen wie auch in Teilen der katholischen Jugend die Suche nach neuen Formen gesellschaftlicher Praxis aus christlicher Verantwortung. Diese Gruppierungen begriffen den Weg der christlichen Gewerkschaften und des politischen Katholizismus als eine Chance. Exemplarisch seien hier die Zirkel um die Zeitschriftenprojekte „Ende und Anfang“, „Michael“ sowie die „Frankfurter Hefte“ genannt. Für sie bildete die Einheitsgewerkschaft eine wichtige Voraussetzung für eine soziale Republik.

Mit dem „Kalten Krieg“ verloren diese Gruppen zusehends an Einfluß, ebenso die katholischen DGB-Gewerkschafter. Ein letztes Mal keimte die Hoffnung, daß größere Teile des Katholizismus die Einheitsgewerkschaft aktiv unterstützen würden, im Zusammenhang mit dem Bochumer Katholikentag (1949) auf. Dort gelang es, das Mitbestimmungsrecht als „natürliches Recht in gottgewollter Ordnung“ durchzusetzen. Doch bevor sich der Bochumer Impuls entfalten konnte, machten die Kritiker einer starken Gewerkschaft im Katholizismus, bestärkt durch den Papst, gegen eine Umsetzung dieser Vorstellungen mobil<sup>34</sup>.

Beflügelt durch die Konsolidierung der politischen Verhältnisse nach Währungsreform (1948) und Bundestagswahl (1949), gingen große Teile des Verbandskatholizismus unter Führung der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) und in Zusammenarbeit mit dem Episkopat seit 1952 dazu über, die organisatorische Einheit der Gewerkschaften öffentlich in Frage zu stellen. Die Frage: „DGB oder christliche Gewerkschaft?“ wurde von dieser Seite unter dem Aspekt des institutionellen Eigeninteresses der katholischen Kirche diskutiert und als Weltanschauungsfrage deklariert. Im DGB sahen sie den außerparlamentarischen Arm der SPD und damit einen „Durchlauferhitzer“, der die katholischen Arbeiter mit „feindlichen Ideologien“ infiziert und sie ihrer katholischen Mentalität beraubt. Auf diesem Wege vollziehe sich ein schleichender Wechsel vom kirchentreuen und an die CDU gebundenen Arbeiter ins sozialdemokratische Lager.

Der Kampf der Kirchenleitungen gegen die Einheitsgewerkschaft erhielt eine neue Qualität, als Kardinal Frings, der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, 1952 in einer öffentlichkeitswirksamen Form die Existenz der Einheitsgewerkschaft auf das Diktat der Besatzungsmächte zurückführte<sup>35</sup>. Von da an unterstützte die Mehrheit des Episkopates die Bewegung zur Gründung christlicher Gewerkschaften, die von der KAB angeführt wurde. Eine weitere Dynamisierung erfuhr die Kontroverse zwischen der christlich-sozialen Bewegung und dem DGB, als dieser im Bundestagswahlkampf 1953 mit dem Slogan „Wählt einen besseren Bundestag“ für die SPD eintrat.

<sup>34</sup> Vgl. Josef Oelinger, Schwerpunkte der innerkatholischen Mitbestimmungsdiskussion 1945–1963, in: Albrecht Langner (Hrsg.), *Katholizismus, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik 1945–1963*, Paderborn 1980, S. 153–204.

<sup>35</sup> Kardinal Frings: „Einheitsgewerkschaft von der Besatzungsmacht aufdiktiert“. Diese Überschrift war am 1. 12. 1952 im *Kölner Stadt-Anzeiger* zu lesen.

Nachdem die Linkskatholiken keine Bedeutung mehr im Katholizismus hatten, waren es insbesondere einige Jesuiten und Dominikaner, die sich in der kirchlichen Öffentlichkeit für einen Ausgleich zwischen Einheitsgewerkschaft und Katholizismus aussprachen. Sie arbeiteten darauf hin, daß Katholiken für die Mitarbeit in der Einheitsgewerkschaft gewappnet waren, ohne Gefahr zu laufen, ihrer kirchlichen Identität beraubt zu werden. In diesem Sinne kann man ihre Arbeit auch als einen Brückenschlag zwischen der Tradition und Theorie der katholisch-sozialen-Bewegung und den gesellschaftspolitischen Herausforderungen der Nachkriegszeit begreifen. Auch ihre Vorstellungen von der Gewerkschaftsarbeit waren geprägt von einer katholischen Soziallehre, die ihren normativen Maßstab zur Bewertung gesellschaftlicher Prozesse in der Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“ fand<sup>36</sup>. Bezeichnend für diese Richtung war ein starkes staats- und gesellschaftspolitisches und ein weniger dezidiert katholizismuszentriertes Denken.

Im aufgeschlossenen Verhalten zum DGB drückte sich zum einen ihr Votum für eine Versöhnung zwischen Katholizismus und moderner Industriegesellschaft aus und zum anderen das Ziel, die sozialpolitische Integration der Arbeiter in die Gesellschaft über eine wirkungsvolle Interessenvertretung zu realisieren. In den fünfziger Jahren war Oswald von Nell-Breuning der herausragende intellektuelle Träger dieses Projektes.

Diese Situation war auch ein Ergebnis der strukturellen Führer- und Konzeptionslosigkeit im Lager der katholischen DGB-Gewerkschafter. Da nach 1945 die bedeutendsten ehemaligen christlichen Gewerkschafter aus der Weimarer Zeit der parteipolitischen Arbeit den Vorzug gaben, standen sie für die gewerkschaftliche Arbeit nicht zur Verfügung. In dieses Vakuum traten nach 1945 Personen, deren Platz im engeren Sinne nicht oder nicht mehr in der Arbeiterbewegung war: Jesuitische Intellektuelle (Reichel, Nell-Breuning) und vom Arbeiter zum Minister aufgestiegene Gewerkschafter (Kaiser, Storch . . .).

Die christlich-sozialen Versuche, auf den DGB Einfluß zu nehmen, vollzogen sich sowohl innerhalb der Gewerkschaften – hier insbesondere durch die Christlich-soziale-Kollegenschaft – wie auch von außen durch KAB, Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA), Christliche Arbeiterjugend (CAJ) und kirchliche Medien. Während die einen eine eigene Gewerkschaft wollten, weil sie innerhalb des DGB keine Entfaltungsmöglichkeiten für sich sahen, ging es den anderen darum, einen neuen Kompromiß zwischen den verschiedenen innergewerkschaftlichen Kräften auszuhandeln. Auf der Seite der Befürworter einer christlichen Gewerkschaft standen vor allem die KAB, die CAJ sowie die große Mehrheit der Bischofskonferenz.

Obwohl der soziale Katholizismus nach 1945 vielfach gespalten, konzeptions- und führerlos und damit für sich genommen bedeutungslos war, gelang es ihm in

<sup>36</sup> Vgl. Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB), Texte zur katholischen Soziallehre. Die sozialen Rundschreiben der Päpste und andere kirchliche Dokumente, Kevelaer 1977, S. 91 ff.

der Krise der Gewerkschaften, durch eine offensive Forderungspolitik sowie durch die Drohung mit der Gründung einer eigenen Gewerkschaft (1953 bis 1955) Druck auf die gewerkschaftliche Diskussion auszuüben. Nachdem die Bundestagswahl 1953 von der CDU gewonnen worden war, stellten führende Vertreter der CDA und der KAB am 16. September 1953 dem DGB ein Ultimatum mit weitgehenden personellen und programmatischen Forderungen. Die Dramatik der Situation drückte sich auch darin aus, daß die DGB-Führer sogar die befreundete amerikanische Gewerkschaftsführung einschalteten, um dieses Vorgehen in die Schranken zu weisen<sup>37</sup>.

Von nun an mußte der DGB mit einer Spaltung durch einen Flügel der christlich-sozialen Aktivisten rechnen. Da das Prinzip der Einheit durch die Erfahrungen der nationalsozialistischen Vergangenheit auch stark symbolisch besetzt war, ragte diese Frage über ihre reale politische Bedeutung hinaus. Wie in der Einschätzung der SPD-Gewerkschaftspolitik zu sehen war, wurde von dieser Seite die christlich-soziale Drohpolitik als willkommenes Mittel gegen eine Politisierung der Gewerkschaften betrachtet. Was die Wahlniederlagen in der SPD an Veränderung bewirkten, das bewirkte im DGB der Druck der christlich-sozialen Bewegung auf den verschiedenen Ebenen. In dieser christlich-sozialen Offensive bündelten sich quasi alle anderen Widerstände gegen die aktuelle Gewerkschaftspolitik und bewirkten einen Veränderungsdruck im Sinne einer Anpassung an die herrschende Entwicklung in Ökonomie und Politik.

#### 4. Viktor Agartz (1897–1964)<sup>38</sup>

Viktor Agartz, der 1897 als Sohn eines Schneidergesellen in Remscheid geboren wurde, trat 18-jährig, im Jahre 1915, der SPD bei. Von 1919 bis 1925 studierte er Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Jura an den Universitäten Bonn, Marburg und Köln. Nach Abschluß seines Studiums im Jahre 1925 verlief seine beruflich-politische Biographie in fünf Etappen.

1. Von 1925 bis 1938 war er bei der „Rheinisch-Bergischen Konsumgenossenschaft Hoffnung“ beschäftigt und zudem bis 1933 aktiv in der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Arbeit engagiert.

2. Nach seiner Entlassung aus der Konsumgenossenschaft (1938) arbeitete er bis ins Jahr 1945 als Wirtschaftsprüfer bei der „Rheinisch-Westfälischen Revision Treuhand AG“.

3. In Viktor Agartz, der in der Weimarer Republik bereits aktiver Gewerkschafter und Sozialdemokrat war, in der NS-Zeit als kompetenter Fachmann in Wirtschafts- und Steuerfragen beste Kontakte mit der deutschen Großindustrie besaß, ohne Mit-

<sup>37</sup> Vgl. Horst-Dieter Scholl, *Die Neugründung christlicher Gewerkschaften in Westdeutschland. Ihre Vorgeschichte und Ursachen, Problematik und Entwicklung*, Diss. Marburg 1960, S. 59 f.

<sup>38</sup> Die Angaben zum Lebenslauf beziehen sich auf Riesche, Agartz.

glied in der NSDAP zu werden, vielmehr Verbindungen zum Widerstand pflegte, sahen Besatzungsmacht und SPD einen idealen Mann für die Ausübung höchster öffentlicher Ämter. Von 1946 bis 1948 nahm er politische Funktionen in und für die SPD wahr, u. a. als Mitglied des SPD-Parteivorstandes, MdL von NRW und Mitglied des Wirtschaftsrates. Am 9. März 1946 wurde er sogar zum Generalsekretär des deutschen Wirtschaftsamtes der britischen Zone in Minden gewählt. Damit war er, bevor Ludwig Erhard Chef des Frankfurter Wirtschaftsrates wurde, der ranghöchste deutsche Wirtschaftspolitiker. Die Planungsfunktion dieses Amtes konnte unter den gegebenen Bedingungen lediglich „eine möglichst gleichmäßige Verteilung des Mangels sein . . . Diese Konstellation trug zu den tiefgreifenden Ressentiments gegen jede Form von Planung der Wirtschaft bei, die sich die CDU geschickt zunutze machte, indem sie für diese Art von Verwaltung den Namen Agartz quasi zu einem Synonym machte.“<sup>39</sup> Mit dieser Hypothek belastet, durfte er nach seinem Ausscheiden 1947 kaum noch Hoffnung haben, weiterhin von der SPD für ministerielle Positionen vorgesehen zu werden<sup>40</sup>. Ob es noch andere Belastungen aus der Mindener Zeit gab, die den politischen Aufstieg von Agartz problematisch machten, muß offen bleiben. Als Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrates (25. 6. 1947–20. 2. 1948) schloß er seine politische Karriere als Mandatsträger der SPD endgültig und erfolglos ab.

4. 1949 wurde er Mitglied in der Leitung des 1946 auf seine Initiative gegründeten Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI)<sup>41</sup>. Die Aufgabe des WWI bestand darin, die Vorstellungen der Gewerkschaften zur wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung zu begründen, zu präzisieren und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig förderte und flankierte das WWI die Durchsetzung der Böckler-Gruppe zur tonangebenden Gruppe in der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung. Das WWI war quasi ihre Hausmacht und damit auch von Anfang an ein politischer Faktor in der innergewerkschaftlichen Kontroverse. Innerhalb von drei Jahren wuchs der Stamm der festen Mitarbeiter von 4 (1946) auf 35 (1949), 1955 waren es sogar 52<sup>42</sup>.

Nach dem Tod von Hans Böckler (1951) wurde Viktor Agartz zum bedeutendsten öffentlichen Sprecher der Gewerkschaften gegen die Politik der CDU/FDP-Regierung. Im gleichen Maße wie die Gewerkschaftsfunktionäre nach der Niederlage der Jahre 1952/53 (Betriebsverfassungsgesetz und Bundestagswahl 1953) unter den Druck der Öffentlichkeit und zuweilen auch ihrer eigenen Basis gerieten, stieg der Einfluß von Viktor Agartz. In dieser Zeit gab es kaum einen größeren Gewerk-

<sup>39</sup> Ebenda, S. 110.

<sup>40</sup> Einschätzung von Theo Pirker (Gespräch 13. 6. 1989) und Erich Potthoff (Gespräch 9. 8. 1989).

<sup>41</sup> „Die ersten Gespräche, die schon während des Zusammenbruchs zwischen Dr. h. c. Böckler und Dr. Viktor Agartz geführt wurden, ergaben aber die Notwendigkeit, . . . noch zu einer eigenen wissenschaftlichen Institutsarbeit zu kommen.“ Tätigkeitsbericht des WWI für die Geschäftsjahre 1946–1949, in: Probleme der westdeutschen Wirtschaft, hrsg. v. WWI, Köln 1949.

<sup>42</sup> Vgl. Josef Hülsdünker, Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie. Industrie- und betriebssoziologische Beiträge des WWI des DGB zur Verwissenschaftlichung der Gewerkschaftspolitik 1946–1956, Münster 1983, S. 122.

schaftskongreß, wo er nicht als Redner auftrat, obwohl er weder bei den führenden sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikern noch bei den Gewerkschaftsführern mit seinen Ideen mehrheitsfähig war.

Daß Agartz trotz dieser Differenzen mit Unterstützung der Gewerkschaftsführung als Sprecher der Gewerkschaften auftreten konnte, läßt sich also nicht auf die inhaltliche Seite seiner Ausführungen zurückführen, sondern vor allem auf seine vehemente Kritik an der Politik der „Restauration“.

Als seine engsten Mitarbeiter in dieser Phase fungierten Theo Pirker und Walter Horn. Die wichtigsten Bündnispartner innerhalb des DGB waren der stellvertretende DGB-Vorsitzende Georg Reuter und Max Wöner, der Vorsitzende des DGB-Landesverbandes Bayern, sowie der Vorsitzende der IG Chemie, Wilhelm Gefeller. Obwohl seine Position im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut nie unumstritten war<sup>43</sup>, kann man das Institut als seine Operationsbasis bezeichnen. Zu entscheidenden Schritten der Einschränkung seines gewerkschaftlichen Handlungsspielraums, also zum Wechsel vom latenten zum manifesten Dissens, kam es ebenfalls innerhalb des WWI. Im Dezember 1955 wurde er aus den Diensten der Gewerkschaften entlassen.

5. Im Frühjahr 1956 gründete Agartz zusammen mit Walter Horn und Theo Pirker die „Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (WISO)“. Über dieses Medium versuchte er Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie zu nehmen – allerdings ohne Erfolg. Durch seine Entlassung aus dem DGB und erst recht nach dem Hochverratsprozeß vor dem Bundesgerichtshof (25. 11. bis zum 13. 12. 1957<sup>44</sup>) hatte er seine politische Bedeutung verloren. Am 13. Dezember 1958 wurde sogar seine Mitgliedschaft in der SPD und dann auch die im DGB (3. 2. 1959) aufgelöst.

In der Adenauer-Ära war Viktor Agartz der bedeutendste Vertreter eines reformistischen Marxismus. Nach dem Zusammenbruch forderte er eine konsequente Demokratisierung der Wirtschaft und der staatlichen Wirtschaftsorgane („Wirtschaftsneuordnung“). Der Weg dorthin sollte über die Vergesellschaftung monopoli-

<sup>43</sup> Als das Institut im Jahre 1946 gegründet wurde, betraute Hans Böckler Dr. Erich Pothoff mit der Leitung. Dieser kam aus der betriebswirtschaftlichen Schule von Prof. Schmalenbach in Köln. Als Agartz 1949 in die Institutsleitung eintrat, führte die unterschiedliche wissenschaftliche und politische Orientierung bald zu Spannungen. Pothoff verstand sich nicht als Marxist und auch nicht als Kämpfer für eine autonome Gewerkschaftspolitik. Zusätzlich belastet wurde die Zusammenarbeit durch die „aristokratische Haltung“ (Theo Pirker und Erich Pothoff im Gespräch) von Viktor Agartz. Da Pothoff zwischen 1949 und 1952 als Stahlreuhänder wirkte, war Agartz alleine mit der Institutsleitung betraut. Zwischen Agartz und Dr. Rolf Wagenführ, der bereits in Minden als Leiter der Abteilung „Statistik und Wirtschaftsbeobachtung“ mit Agartz zusammenarbeitete, entwickelte sich 1951/52 wegen einer unterschiedlichen Einschätzung zum Schumanplan eine heftige Kontroverse, in deren Folge Wagenführ das Institut verließ. Ein weiterer wichtiger Gegenspieler war Heinrich Deist. Informationen erhalten durch Erich Pothoff (9. 8. 1989) und Theo Pirker (13. 6. 1989).

<sup>44</sup> Vgl. Jürgen Treulieb, Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz. Verlauf und Bedeutung in der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, 2. Bde., Münster 1982.

stischer Schlüsselindustrien, über gesellschaftliche und ökonomische Planung sowie über die paritätische Mitbestimmung realisiert werden. Die entscheidende Ebene der Demokratisierung lag für ihn oberhalb des Betriebes, also auf Konzern- und Branchenebene, in der regionalen Selbstverwaltung der Kammern sowie im Bundeswirtschaftsrat. Eine entscheidende Schlüsselstellung bei der Demokratisierung der Wirtschaft sollte die Gewerkschaft einnehmen. Wesentliche Elemente dieses Konzeptes standen in der Tradition von Rudolf Hilferding und Fritz Naphtali<sup>45</sup>.

1953 fügte er dem Konzept der „Wirtschaftsneuordnung“ die Strategie der „expansiven Lohnpolitik“ hinzu<sup>46</sup>, ohne beide allerdings direkt zu verbinden. Damit reagierte Agartz darauf, daß sich der Akzent der gewerkschaftlichen Ziele von den Sozialisierungs- und Planungsforderungen hin zur Mitbestimmungs- und Tarifpolitik verschoben hatte. Er verstand die „expansive Lohnpolitik“ als offensive politische Antwort auf die Defensive, in der sich die Gewerkschaften seit dem Jahr 1951/1952 befanden.

Mit dem Konzept der „expansiven Lohnpolitik“ verfolgte Agartz also ökonomische und politische Ziele. Auf der ökonomischen Ebene erwartete er eine Stärkung der Binnennachfrage und, darauf aufbauend, einen Produktionsaufschwung. Darüber hinaus gingen seine Vorstellungen von einer Weiterentwicklung der Produktivität (Rationalisierung) und einer Vermögensumverteilung aus. Diese Gedanken waren bereits in den christlichen und freien Gewerkschaften der Weimarer Republik verankert. Politisch war diese Lohnpolitik insofern, als davon ausgegangen wurde, daß zur Erreichung der lohnpolitischen Ziele Arbeitskämpfe notwendig seien, von denen sich Agartz eine Politisierung der Arbeiter erwartete. Im Hinblick auf die Gewerkschaften erhoffte er sich eine Steigerung der gewerkschaftlichen Akzeptanz und eine Überwindung der entsolidarisierenden Wirkung von Lohndrift und betrieblicher Sozialpolitik. Obwohl sich der Begriff „expansive Lohnpolitik“ nicht durchsetzen konnte – sondern der von der IGM kreierte Terminus „aktive Lohnpolitik“ –, haben die Grundgedanken seines Konzepts bis heute große Bedeutung für die Tarifpolitik<sup>47</sup>.

<sup>45</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Weinzen, Gewerkschaften und Sozialismus.

<sup>46</sup> Viktor Agartz, Expansive Lohnpolitik, in: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften 6 (1953), H. 12. Die Grundlagen der „Expansiven Lohnpolitik“ wurden von Agartz bereits 1950 schriftlich fixiert: Die Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10 (1950), S. 441 ff. Vgl. auch: Volker Gransow/Michael Krätke, Viktor Agartz. Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik, Berlin 1978.

<sup>47</sup> Hierzu schreibt Riesche, Agartz, S. 158: „Die expansive Lohnpolitik... wurde ausgeschlachtet, und das über den Tag hinaus Brauchbare wurde weiterverwendet. Die wenigsten Gewerkschaftsfunktionäre, die heute das Schlagwort vom „Kaufkraftargument“ und von der „aktiven Lohnpolitik“ verwenden, wissen, daß es zahnlos gemachte Versatzstücke aus einer Agartz'schen Theorie sind, mit der er etwas ganz anderes erreichen wollte“; Karl Kühne, in: Internationaler Wissenschaftlicher Kongreß der Arbeiterbewegung (IWK) 3 (1988), S. 387: „Agartz, der in den fünfziger Jahren wesentliche Impulse für die gewerkschaftliche Ideologie lieferte, ist mit seinem Schlagwort von der expansiven Lohnpolitik sozusagen der klassische Anti-Lafontaine“.

5. Oswald von Nell-Breuning<sup>48</sup>

Der 1890 geborene Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning gilt als einer der führenden Vertreter und Interpreten der Katholischen Soziallehre. Zugleich wird ihm eine herausragende Bedeutung als politischer Intellektueller zugesprochen, der sowohl sozialwissenschaftliche, ökonomische, juristische, philosophische wie auch politische Kompetenz besitze. Als Redner, Schreiber, Politikberater, Dozent und politisch eingreifender Intellektueller äußerte er sich zu fast allen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen in den jeweiligen öffentlichen Debatten.

Am 8. März 1890 wurde Nell-Breuning als Sohn einer Gutsbesitzerfamilie in Trier geboren<sup>49</sup>. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums beschloß er, Priester zu werden. Er begann seine Studien zunächst in den Fächern der theoretischen Physik und Mathematik. Was für uns heute erstaunlich ist, war für einen angehenden Priester in der Zeit der scharfen Auseinandersetzung der Kirche mit den modernen Naturwissenschaften nicht außergewöhnlich. Nach vier Semestern begann er mit dem Studium der Theologie und späterhin der Rechtswissenschaft, daran schloß sich ein mehr autodidaktisch organisiertes Studium der Nationalökonomie an. 1911 trat er in die Gesellschaft Jesu ein; zehn Jahre später wurde er zum Priester geweiht.

Sein Interesse an sozial-politischen Fragen wurde, wie er erzählte, durch die Erfahrung des Gewerkschaftsstreits von 1900 bis 1914<sup>50</sup> sowie durch die Priester Carl Sonnenschein (1876–1929) und Ludwig Wolker (1887–1955) geweckt. Während er durch Sonnenschein in die „soziale Studentenarbeit“ eingeführt wurde, verschaffte ihm Wolker einen Zugang in die praktische Arbeiterbildung.

Aussagen über seine Lehrer zu machen fällt schwer, da er sich nicht ausdrücklich zu einem oder mehreren Lehrern bekannte. Bei aller Kritik, die er im einzelnen an Adolf Wagner, Heinrich Pesch (1854–1926), Adolf Weber (1876–1963), Gustav Gundlach (1892–1963) und Götz Briefs (1889–1973) übte, sprechen seine Arbeiten dafür, daß er von ihnen wichtige theoretische Anstöße erhielt. Obwohl Nell-Breuning selber kein originärer Theoretiker ist, war seine Rezeption stets kreativ.

Der Orden sah für ihn eine wissenschaftliche Laufbahn vor. Sie begann aber nicht an der Universität, sondern als Aufsatzschreiber und Vortragsreisender. Um die Jesuiten, die erst seit 1918 in Deutschland wieder offiziell zugelassen waren, ins

<sup>48</sup> Über sein politisches Wirken gibt es bisher noch keine wissenschaftlichen Arbeiten. Lediglich zwei systematisierende Abhandlungen liegen vor: Albert Schulz, *Oswald von Nell-Breuning – eine soziologische Analyse seines Mitbestimmungs-Engagements*, Diss. Saarbrücken 1978; Werner Schwaderlapp, *Eigentum und Arbeit bei Oswald von Nell-Breuning. Praxisorientierte Theorie, rekonstruiert und reflektiert in anthropologischer Absicht*, Düsseldorf 1980.

<sup>49</sup> Die Angaben zu Nell-Breunings Biographie beziehen sich auf diverse Interviews und auf einen von ihm selbst verfaßten Lebenslauf: „Mitteilungen von P. Oswald von Nell-Breuning (verfaßt in den 60er Jahren)“. Dieser Bericht wurde mir freundlicherweise von Prof. Hengsbach zur Verfügung gestellt.

<sup>50</sup> Vgl. hierzu ausführlich: Rudolf Brack, *Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914*, Köln 1976.



öffentliche Bewußtsein zu bringen, bildete sich in Düsseldorf eine Gruppe von Jesuiten, die von Stadt zu Stadt zog, um Vorträge zu halten. Ihre inoffizielle Bezeichnung lautete: Rede und Reise AG, abgekürzt: Rurag. Einer davon war Nell-Breuning. Er war bald ein begehrter Ratgeber im „Volksverein für das katholische Deutschland“, in den Christlichen Gewerkschaften, in Konsum-, Bau- und Siedlungsgenossenschaften und in den katholischen Standesorganisationen.

Nell-Breunings erste größere Veröffentlichung war seine 1928 an der theologischen Fakultät zu Münster verfaßte Promotionsschrift: „Grundzüge der Börsenmoral“<sup>51</sup>. Im gleichen Jahr wurde er auch Professor für Moraltheologie, Kirchenrecht und Gesellschaftswissenschaften an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt. Dieser Aufgabe ging er über vierzig Jahre lang nach. Im Jahre 1930 wurde er durch die Leitung des Jesuitenordens mit dem Entwurf der Sozialzyklika „Quadragesimo Anno“ für Papst Pius XI. beauftragt. Seine Vorarbeiten für diese Enzyklika stellten den ersten Höhepunkt in seiner Laufbahn als gesellschaftspolitischer Berater der Funktionseliten in Kirche, Regierung, Parteien und Verbänden dar.

Über seine Haltung und Arbeit während der NS-Zeit wissen wir sehr wenig. In einem Interview berichtete er: „Schreibverbot habe ich niemals gehabt, allerdings mußte ich meine Veröffentlichungen praktisch einstellen, weil sie unfehlbar sofort eingezogen worden wären. (...) Ich mußte damals für die Finanzverwaltung meines Ordens tätig werden, aber auch andere Orden und Genossenschaften beraten. Bei dieser Tätigkeit habe ich mir wegen angeblicher Erschleichung von Devisengenehmigungen im Jahr 1936 Strafverfolgung zugezogen. Nach einer 6 Tage dauernden Vernehmung hat es dann 7 Jahre gedauert, bis die Anklage erhoben wurde, dann mußte sie aber wegen Eilbedürftigkeit vor dem Sondergericht behandelt werden. Ich wurde zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, schließlich mit einem Haftunfähigkeitszeugnis des Leibarztes des Gauleiters von München von der Strafe verschont; später ist das Urteil natürlich aufgehoben worden.“<sup>52</sup> In seinen Beiträgen nach 1945 bleibt der Nationalsozialismus unberücksichtigt.

Auch in den ersten beiden Nachkriegsjahren war Nell-Breuning in der Finanzverwaltung des Ordens engagiert. Darüber hinaus war er intensiv mit der organisatorischen und konzeptionellen Entwicklung des sozialen Katholizismus befaßt. Neben der Erarbeitung theoretischer Grundlagen, wie Schulungsmaterialien und sozialer Neuordnungsvorschläge, wirkte er auch auf die organisatorische Re- und Neuorganisation des Laienkatholizismus ein. Beispiele hierfür sind sein Engagement für die CAJ und das Betriebsmännerwerk sowie seine 1945/46 in Köln unternommenen Anstrengungen für den Aufbau eines „Erzbischöflichen sozialen Lehr- und Forschungsinstituts“<sup>53</sup>.

<sup>51</sup> Grundzüge der Börsenmoral, Freiburg 1989 (unveränd. Nachdr. von 1928).

<sup>52</sup> Oswald von Nell-Breuning im Gespräch mit Helmut Hammerschmidt, in: Zeugen des Jahrhunderts, hrsg. v. Karl Schnelting, Frankfurt 1981, S. 127.

<sup>53</sup> Brief Nell-Breunings an Hermann Joseph Schmitt vom 19. 12. 1958, in: Archiv Ketteler-Haus, Köln (künftig AKH), Aktenordner (AO): Korrespondenz Schmitt-Nell-Breuning, 1955–1964.

Gegen Ende der vierziger Jahre traten neben die Lehrtätigkeit in St. Georgen weitere Verpflichtungen an der „Akademie der Arbeit“ (ab 1949) sowie an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt (ab 1948). Durch seine Mitarbeit in den wissenschaftlichen Beiräten des Bundeswirtschaftsministeriums (1948–1965) sowie im Bundeswohnungsbauministerium (1950–1959) erhielt seine politische Beratertätigkeit einen festen Ort.

Mit gewerkschaftspolitischen Fragen kam Nell-Breuning erst relativ spät in Berührung<sup>54</sup>. In seiner ersten Veröffentlichung zur Gewerkschaftsproblematik – eine dreiteilige Aufsatzreihe in der katholischen Zeitschrift „Orientierung“<sup>55</sup> – führte er 1948 die Entstehung der Einheitsgewerkschaft noch alleine auf das Diktat der Besatzungsmächte zurück<sup>56</sup>. Diese Einschätzung revidierte er in den fünfziger Jahren, als er durch engere Kontakte mit ehemaligen christlichen Gewerkschaftern über die Vorgeschichte ein tieferes Bild gewann<sup>57</sup>. Seit Ende der vierziger Jahre bemühte er sich mit steigender Intensität um eine Vermittlung zwischen der normativen Ebene der katholischen Soziallehre und der Politik der Einheitsgewerkschaft. Mit diesem Ziel betätigte er sich in der gewerkschaftlichen und innerkirchlichen Schulungsarbeit, schrieb er Aufsätze, unterstützte er die katholischen Einheitsgewerkschafter und führte er Gespräche mit den DGB-Führungen um Hans Böckler, Christian Fette und Walter Freitag.

Als staatspolitisch orientierter Denker war für Nell-Breuning das Problem der ordnungspolitischen Integration der Gewerkschaften von herausragender Bedeutung: wie kann eine Organisation von der Bedeutung und Macht der Gewerkschaften in das Gefüge des demokratischen Staates eingebaut werden<sup>58</sup>? Ausgangspunkt seiner Überlegungen war die von Briefs übernommene Analyse, daß die Gewerk-

<sup>54</sup> Rudolf Uertz, *Christentum und Sozialismus in der frühen CDU*, Stuttgart 1981, S. 92, schreibt: „Zwischen den christlichen Gewerkschaftern im Westen und Oswald von Nell-Breuning bestanden keine direkten Verbindungen. Die Bedeutung des Jesuiten für die Gewerkschafter beschränkte sich auf dessen Schriften, vor allem auf seinen Kommentar zu Quadragesimo anno.“ Da Nell-Breuning in einem Brief an H. J. Schmitt am 8. 1. 1946 über eine Besprechung mit dem Albers'schen Kreis berichtet, muß es schon sehr frühzeitig Kontakte gegeben haben. Der Brief weist aber auch darauf hin, daß es in diesen Gesprächen vor allen Dingen um Schulungsfragen ging, gewerkschaftliche Probleme blieben unerwähnt. Brief: Nell-Breuning an Schmitt vom 8. 1. 1954, in: AKH, AO: Korrespondenz Schmitt–Nell-Breuning, 1945–1954.

<sup>55</sup> Oswald von Nell-Breuning, *Gewerkschaften und christliche Soziallehre*, in: *Orientierung* 18–20 (1948).

<sup>56</sup> „Der Begriff der Richtungsgewerkschaft ist dem Engländer und US-Amerikaner völlig fremd, so fremd und so mißfällig, daß die angelsächsischen Besatzungsmächte nach der Besetzung Deutschlands ... unvermittelt die Einheitsgewerkschaft einführten ...“ Nell-Breuning, *Einheitsgewerkschaft oder Richtungsgewerkschaften?*, in: *Orientierung* 20 (1948), S. 191.

<sup>57</sup> Vgl. Nell-Breuning im Gespräch mit Wolfgang Schroeder, in: Schroeder, *Gewerkschaftspolitik*, S. 302.

<sup>58</sup> Vgl. Protokoll über die 3. Deutsche Sozial-Konferenz Gesellschaft Jesu (S.J.) vom 7.–11. 9. 1953 in Pullach/München, in: *Archiv der Schweizer Provinz der Jesuiten in Zürich*, Nachlaß: David.

schaften sich von der klassischen zur befestigten Gewerkschaft entwickelt hätten<sup>59</sup>. Während die klassische Gewerkschaft primär eine Selbsthilfeorganisation gewesen sei, die alleine von der Solidarität ihrer Mitglieder gelebt habe, eigne der befestigten Gewerkschaft aufgrund ihres öffentlich-rechtlichen Charakters „nunmehr“ eine Autorität, die über das hinausgehe, was ihre eigenen Mitglieder ihr an Autorität zu geben vermögen. Sie habe damit eine Stellung erlangt, die ihr eine „wirtschaftspolitische“ und „gesamtpolitische Mitverantwortung“ abverlange. Damit sie dieser Verantwortung gerecht werden könne, müsse, so Nell-Breuning, die Orientierung an normativen (Sittengesetz), politischen (Anerkennung der Souveränität und Autorität des Parlaments) und einheitsgewerkschaftlichen Kriterien (parteipolitische Unabhängigkeit und weltanschauliche Toleranz) gefordert werden.

Besonders virulent wurde diese Frage für ihn dort, wo die Gewerkschaften den Streik als Mittel – und sei es nur als Absichtserklärung – im Kampf gegen den Gesetzgeber einsetzten. In einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Walter Freitag vom 31. August 1953 bekräftigte er diese Position: „Nötigung der rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit, gleichviel ob durch Streik oder durch Aussperrung oder durch welche Maßnahmen immer, ist ein Verstoß gegen das Sittengesetz, wie die katholische Kirche es lehrt und der gläubige Katholik es als heiligen Willen Gottes versteht. Demonstrationen sind ein demokratisches Freiheitsrecht; wo dagegen die Demonstration in Nötigung übergeht (wie die Demonstration der SA und SS vor der Krolloper, um vor einem knieschlotternden Reichstag das Ermächtigungsgesetz zu errotzen), verbietet dem Katholiken sein Gewissen, sich zu beteiligen. Wenn die Gewerkschaften auf diesem – von mir als ausgesprochen undemokratisch angesehenen – Weg weiterschreiten wollen, müssen sie ihre katholischen Mitglieder zum Austritt auffordern.“<sup>60</sup> Ähnlich scharf fiel auch seine Kritik am DGB-Wahlaufruf zur Bundestagswahl 1953 aus<sup>61</sup>.

In der Diskussion über die zukünftigen Aufgaben und Wege der Gewerkschaften proklamierte Nell-Breuning eine Lohnpolitik, die sich auch darum kümmern solle, daß der Arbeitnehmer ein Miteigentumsrecht an der Kapitalgüterausstattung der Wirtschaft gewinne. In diesem Sinne schrieb er 1953: „Es gibt aber zur Überwindung der kapitalistischen Klassengesellschaft nur diese beiden Wege: entweder alle zu Proletariern zu machen (...) oder alle zu Kapitalisten zu machen (und dann ist niemand mehr Kapitalist!).“<sup>62</sup>

Der normativ gesellschaftstheoretische Hintergrund dieser Überlegungen liegt in der Konzeption der „berufsständischen“ bzw. „leistungsgemeinschaftlichen“ Ordnung der industriellen Beziehungen. In seinem Kommentar zur Sozialenzyklika „Quadragesimo anno“, wo diese Ordnungsbilder fixiert sind, heißt es: „An die

<sup>59</sup> Vgl. hierzu: Oswald von Nell-Breuning, Die Gewerkschaften am Scheideweg?, in: Stimmen der Zeit, Nr. 4 (1953). In diesem Aufsatz setzt er sich kritisch mit Götz Briefs auseinander und entfaltet seine Vision von einer anderen Gewerkschaftspolitik.

<sup>60</sup> Nell-Breuning an Walter Freitag am 31. 8. 1953, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, Material: Freitag.

<sup>61</sup> Ebenda.

<sup>62</sup> Nell-Breuning, Scheideweg, S. 18.

Stelle der nach dem Merkmal von Besitz und Nichtbesitz geschichteten Klassengesellschaft müsse ein anderes Prinzip der Gliederung treten: die gesellschaftliche Funktion, d. i. danach, welchen Dienst ein jeder als Glied des Ganzen der Gemeinschaft leistet.“<sup>63</sup>

Seine lohnpolitischen Überlegungen waren gesamtwirtschaftlich orientiert. Neben der Kaufkraft-Dimension berücksichtigte er auch eine vermögens- und damit kapitalbildende Seite des Lohnes. Die Agartzschen Vorstellungen von „expansiver Lohnpolitik“ lehnte er entschieden ab: „Im Dezember vorigen Jahres veröffentlichte . . . Dr. Victor Agartz . . . einen Aufsatz über expansive Lohnpolitik. Hätte er bloß sagen wollen, die Gewerkschaften seien dafür da, um den Arbeitern zu besseren Löhnen zu verhelfen, so hätte er keinen Aufsatz zu schreiben brauchen; das wußte auch der Dümme schon vorher. Was Dr. Agartz aber wirklich mit seinem Artikel sagen will, das hat von allen Sachverständigen, mit denen ich mich darüber besprechen konnte, nicht ein einziger verstanden. Was der Artikel tatsächlich angerichtet hat, steht außer jedem Zweifel: Verwirrung und Unruhe in ganz außergewöhnlichem Ausmaß. Es ist, als ob seither alle volkswirtschaftlichen Einsichten, auf die eine verantwortungsbewußte und erfolgreiche Lohnpolitik allein aufgebaut werden kann, in Verlust geraten, sich in Verschwommenheit und nebelhafte Unklarheit aufgelöst hätten: auf beiden Seiten.“<sup>64</sup>

Damit die Einheitsgewerkschaft nicht gegen die normativen Prämissen der katholischen Gewerkschaftsvorstellungen verstoße und sich Positionen wie die von Viktor Agartz nicht durchsetzen könnten, forderte Nell-Breuning die Katholiken zur aktiven Mitarbeit im DGB auf. In Anlehnung an die kirchlichen Rundschreiben sah er in den katholischen Arbeitervereinen (KAB) die Voraussetzung dafür gegeben, daß die katholischen Arbeiter auf der Grundlage der Soziallehre in der Gewerkschaft wirkten. In den ersten Nachkriegsjahren pflegte Nell-Breuning einen guten Kontakt zur Führung der westdeutschen KAB, doch es zeigte sich bald, daß diese sich der Einheitsgewerkschaft verweigerte und die Gründung einer christlichen Gewerkschaft anstrebte. Nach dem Bochumer Katholikentag 1949 wurden daher die Beziehungen dorthin immer schwächer. Sie schlugen schließlich aufgrund der unterschiedlichen Bewertung der Einheitsgewerkschaft in ein Kontrahentenverhältnis um<sup>65</sup>. Ähnlich verlief die Entwicklung der Zusammenarbeit mit dem Episkopat. Während Nell-Breuning in einem Gutachten zur Gewerkschaftsfrage im Juli 1948 den deutschen Episkopat noch davon überzeugen konnte, daß die Einheitsgewerkschaft nicht gegen die katholischen Vorstellungen verstoße<sup>66</sup>, gelang ihm dies in den fünfziger Jahren immer weniger. Seine Haltung zum DGB wurde auch von den bekannten katholischen Sozialwissenschaftlern Götz Briefs und Gustav Gundlach

<sup>63</sup> Oswald von Nell-Breuning, *Die soziale Enzyklika*, Köln 1950, S. 188.

<sup>64</sup> Oswald von Nell-Breuning, *Der Streik und die Lohnerhöhungen*, in: *Mann in der Zeit* 9 (1954).

<sup>65</sup> Nell-Breuning an Schmitt am 19. 12. 1958, in: AKH, AO: Korrespondenz Schmitt-Nell-Breuning, 1955–1964.

<sup>66</sup> Dieses Gutachten fertigte er im Auftrag des Limburger Bischofs Dierichs an. Material im Besitz des Autors: Franz Deus (1901–1970).

attackiert. Mithin war sein Wirken für die Einheitsgewerkschaft im Sozialkatholizismus der fünfziger Jahre recht umstritten.

Die stärker werdenden Spannungen zwischen DGB und Katholizismus versuchten Kirchen- und Gewerkschaftsvertreter durch offizielle Unterhandlungen zu reduzieren. In den sogenannten „Konfessionsgesprächen“ (1953/1954) wurden die unterschiedlichen Vorstellungen von einer Einheitsgewerkschaft dargestellt und diskutiert. Nell-Breuning, der an diesen Gesprächen engagiert beteiligt war, hoffte, daß hiermit eine Form gefunden worden sei, mit der die vorhandenen Spannungen zwischen den katholischen Verbänden und dem DGB hätten ausgeräumt werden können<sup>67</sup>. Im Bundesvorstand des DGB hob Walter Freitag die Bedeutung Nell-Breunings für diese Gespräche hervor: Es sei „vor allem Prof. von Nell-Breuning gewesen, der bei diesen Gesprächen vorzügliche und für den DGB wertvolle Gedanken entwickelt hat“<sup>68</sup>.

Nell-Breunings Ansehen bei der Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre basierte vor allem darauf, daß er von allen einflußreichen Interpreten der katholischen Soziallehre ihre konkrete Anwendung am weitesten in Richtung gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politik vollzog. Beispiele hierfür sind seine Positionen zur Sozialisierungsforderung, zur Währungsreform, zum Lastenausgleich, zur Mitbestimmung und der immer wieder erfolgende Hinweis auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der „sogenannten sozialen Marktwirtschaft“.

In einem Brief an den DGB-Vorsitzenden Walter Freitag charakterisierte er seine Stellung zu den Gewerkschaften: „Ich glaube, Sie haben in Kreisen, die interessemäßig nicht an die Gewerkschaften gebunden sind, wenige so aufrichtige und selbstlose Freunde wie mich – ich muß mir ja deshalb so viele Vorwürfe gefallen lassen, daß ich annehmen darf, mit dieser Meinung nicht ganz in die Irre zu gehen.“<sup>69</sup>

Einerseits nahm er die Gewerkschaften vor Angriffen aus dem Katholizismus sowie aus dem Unternehmerlager in Schutz, andererseits bildete die hiermit gegebene Anerkennung in den Gewerkschaften eine wichtige Grundlage, um seinerseits wirkungsvoll in die innergewerkschaftlichen Kontroversen eingreifen zu können. Seine konzeptionellen Vorstellungen hatten aber für die konkrete Ausrichtung der Gewerkschaftspolitik – mit Ausnahme der Tarifvertragspolitik der IG Bau-Steine-Erden<sup>70</sup> Anfang der sechziger Jahre – keine Rolle gespielt.

<sup>67</sup> Diese Gespräche wurden seitens des DGB durch Franz Deus, den christlich-sozialen Leiter der DGB-Bundesschule in Hattingen, und auf seiten der kirchlichen Verbände durch das Sozialreferat des ZdK, unter Leitung von Prof. Höffner, koordiniert. Beim DGB-Bundesvorstand war mit dieser Sache der christlich-soziale Vorstandssekretär Karl Braukmann betraut. Es fanden jedoch lediglich drei solcher Gespräche statt: am 24. 3. und 2. 6. 1953 und am 16. 7. 1954. In: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Konfessionsgespräche.

<sup>68</sup> Protokoll über die 39. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 8. 6. 1953, S. 2, in: Ebenda, AO: BV-Sitzungen.

<sup>69</sup> Nell-Breuning an Walter Freitag am 31. 8. 1953, in: Ebenda.

<sup>70</sup> Vgl. Schneider, Geschichte der Gewerkschaften, S. 276.

## 6. Die gewerkschaftliche Situation vor dem Frankfurter DGB-Kongreß

Obwohl die weitreichenden Vorstellungen von Viktor Agartz innerhalb der Gewerkschaftsführungen nicht mehr konsensfähig waren, am wenigsten innerhalb des DGB-Bundesvorstandes, hielt er auf dem Frankfurter DGB-Kongreß 1954 das Hauptreferat. Die Bedeutung dieses Referates konnte also nicht identisch mit seinen inhaltlichen Aussagen sein. Wie läßt sich dieser Widerspruch erklären?

Die Stimmung in den Gewerkschaften war vor dem Frankfurter DGB-Kongreß durch eine tiefe Verunsicherung geprägt. Einige Gewerkschaftsführer sprachen gar von einer „gewissen Resignation“<sup>71</sup>. Neben den politischen Niederlagen der Jahre 1952/1953, den Spaltungsdrohungen durch die Führer der CDA/KAB, der Offensive der Unternehmer (z. B. Betriebliche Sozialpolitik, abrupte Kündigung der Beitragskassierung in den Betrieben), Niederlagen in den Streiks des Jahres 1954 (z. B. Streik der IGM in Bayern und der ÖTV in Hamburg) und einer den gewerkschaftlichen Anliegen feindlich gesonnenen Presse traten immer deutlicher auch interne Struktur-, Führungs- und Orientierungsprobleme ins Blickfeld, die von der alten Generation der Gewerkschaftsführer bis dahin nicht befriedigend beantwortet werden konnten.

Der sogenannte „Antifaschismus“ bildete eine zentrale moralische Basis für die Forderungen nach einer „Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ sowie insgesamt für das Selbstverständnis der Gewerkschaften. Nicht in dieses Bild paßten die Kooperationsangebote der Richtungsgewerkschaften an die NSDAP im Jahre 1933 sowie die aktive Mitarbeit bzw. öffentliche Sympathiekundgebung führender Gewerkschafter in dieser bzw. für diese Partei<sup>72</sup>. In den Jahren 1952 bis 1954 wurde dieser Vorwurf gegen einige führende Gewerkschaftsfunktionäre erhoben (Deist<sup>73</sup>, Wagenführ<sup>74</sup>, Pahl<sup>75</sup>, von Hoff usw.).

<sup>71</sup> Protokoll über die 52. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 1. 6. 1954 in Dortmund, S. 8, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

<sup>72</sup> Vgl. hierzu auch: Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront“, Hannover/Frankfurt 1958.

<sup>73</sup> Als die Berufung von Dr. Heinrich Deist als Vertreter der Gewerkschaften in der Hohen Behörde des Schuman-Planes anstand, meldete die Bundesregierung Bedenken an, weil Deist seit 1937 Mitglied in der NSDAP gewesen sei. Vgl. Protokoll über die 31. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 30. 7. 1952, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Bundesvorstand.

<sup>74</sup> Während der Kontroverse um die Haltung des DGB zum Schuman-Plan tauchten anonyme Briefe auf, aus denen hervorging, Wagenführ habe in der NS-Zeit in verschiedenen Aufsätzen Sympathie für dieses Regime bekundet. Für Theo Pirker und Erich Potthoff deutet einiges daraufhin, daß Agartz sowohl an der Belastung von Wagenführ als auch an der von Pahl, dem leitenden Redakteur der Gewerkschaftlichen Monatshefte, beteiligt war. Sollte dies zutreffend sein, was hier nicht geklärt werden kann, so zeigen diese Beispiele, daß der Hinweis auf die NS-Vergangenheit einer konkurrierenden Person lediglich der Ausschaltung des politischen Gegners galt, ohne daß damit eine Debatte über die NS-Vergangenheit intendiert war. Informationen zu Wagenführ und Pahl von Theo Pirker (Gespräch vom 29. 7. 1989) und Erich Potthoff (Gespräch vom 9. 8. 1989). Vgl. auch:

Kurz vor dem DGB-Kongreß befürchtete der DGB-Bundesvorstand, daß eine öffentliche Debatte über Entlassung und Vergangenheit dieser Gewerkschaftsfunktionäre auch zu einer Debatte über die Gewerkschaften im Jahr 1933 führen könne. Walter Freitag vertrat in einer DGB-Bundesvorstandssitzung vor dem Kongreß die Auffassung, „daß die Angelegenheit Pahl und sein Verhalten im Jahre 1933 für uns unangenehm sei, da Pahl seinerzeit im Auftrag von Leipart handelte. Alle diese Vorwürfe könnten den Verlust des kommenden Bundeskongresses unangenehm stören.“<sup>76</sup>

In einer öffentlichen Debatte über das Verhalten der Gewerkschaften im Jahr 1933 sahen die Funktionäre die Gefahr, daß der moralische Vorteil gegenüber den Unternehmerverbänden – 1933 zerschlagen worden zu sein – sich hätte relativieren können<sup>77</sup>. Um dies zu vermeiden, schlug der IGM-Vorsitzende Hans Brümmer vor: Die Fälle Pahl u. a. unangenehme Dinge müßten noch vor dem Bundeskongreß bereinigt werden, damit sie den Bundeskongreß nicht vergiften. (...) Kollege Freitag verspricht, daß die Angelegenheit Pahl bis zum Bundeskongreß bereinigt wird.<sup>78</sup>

Durch einen Generationenwechsel in der Mitgliedschaft erfuhr das strukturell problematische Verhältnis zwischen „Basis und Führung“ zu diesem Zeitpunkt eine zusätzliche Verschärfung. Während die große Mehrheit der Funktionäre bereits vor 1933 aktive Gewerkschafter gewesen waren, gehörten nach einer Erhebung der IG Metall im Jahre 1954 nur noch 18 Prozent ihrer Mitglieder bereits vor 1933 einer Gewerkschaft an<sup>79</sup>. Den Gewerkschaftsführern gelang es in dieser Phase nicht, den veränderten Vergesellschaftungsbedingungen, die den Wandel von der Trümmer- zur Wohlstandsgesellschaft prägten, Rechnung zu tragen. Dies schlug sich auch in Mitgliederstagnation bzw. kurzzeitig sogar im Rückgang der absoluten Mitgliederzahlen nieder<sup>80</sup>.

Franz Kusch, *Das Kartell der Gewerkschaften in Deutschland*, Stuttgart 1980, S. 183. Vgl. hierzu allgemein: Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Stuttgart 1981, S. 435 f.

<sup>75</sup> Vgl. Gerold Karl, *Der Karrierist und der Wille zur Macht*, in: *Frankfurter Rundschau* vom 9. 1. 1954; vgl. Karsten Linne, *Walter Pahl – Eine Gewerkschafter-Karriere*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 3 (1990), S. 39–55.

<sup>76</sup> Protokoll über die 52. Sitzung des Bundesvorstandes am 1. 6. 1954, S. 2, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

<sup>77</sup> Darauf spekulierten die Arbeitgeberverbände. Vgl. hierzu: Hermann Seelbach, *Zur Beschlagnahme der freigewerkschaftlichen Bundesschule Bernau am 2. Mai 1933*, in: *Der Arbeitgeber* vom 1. 5. 1953, S. 375 ff.

<sup>78</sup> Protokoll über die 52. Sitzung des Bundesvorstandes am 1. 6. 1954, S. 7, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

<sup>79</sup> Vgl. Walter Freitag auf dem Konfessionsgespräch am 2. 6. 1953, in: *Ebenda*, AO: Konfessionsgespräche.

<sup>80</sup> Der Vorsitzende der Gewerkschaft Leder forderte deshalb in dieser Sitzung: „Wir müßten in allen Positionen damit beginnen anzugreifen, vor allen Dingen müsse es uns gelingen, die Jugend zurückzugewinnen.“ Vgl. Protokoll über die 52. Sitzung des Bundesvorstandes am 1. 6. 1954, S. 9, in: *Ebenda*, AO: BV-Sitzungen.

Das WWI war intern zerstritten und zog heftige Kritik von seiten der Einzelgewerkschaften<sup>81</sup> sowie der DGB-kritischen Kräfte auf sich. Besonders offensiv waren Teile der katholischen Presse, allen voran der „Rheinische Merkur“<sup>82</sup>, der das WWI seit 1951 als Stabsstelle und strategisches Zentrum des DGB öffentlich attackierte. Auch bei den sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikern und einigen Einzelgewerkschaften verstärkte sich seit 1953 die Kritik am WWI. Im Vorfeld des Frankfurter Kongresses drängten verschiedene Einzelgewerkschaften darauf, die Stellung des WWI zum DGB-Bundesvorstand zu klären. Der Vorsitzende der NGG, Hans Nätscher, monierte: „Unerträglich sind die vielgleisigen Meinungen zur Wirtschaftspolitik“. Deshalb sei „die Wirtschaftspolitik ... unter Führung von Freitag, einem versierten Fachmann zu übertragen und festzulegen, daß auch das WWI keine eigenstaatliche Politik betreiben kann. Die Wirtschaftspolitik bestimmt der Bundesvorstand.“<sup>83</sup>

Die Position der Agartz-Gegner im WWI wurde entscheidend gestärkt durch Professor Bruno Gleitze (1903–1980)<sup>84</sup>, einen 1948 aus der SBZ ausgewanderten Wissenschaftler, der sich durch seine Arbeit im „Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung“, in West-Berlin, das Vertrauen der führenden sozialdemokratischen Wirtschaftspolitikern erworben hatte. Er trat Ende 1953 in das Leitungsteam des WWI ein.

Über die Kontroverse im WWI schrieb die Zeitschrift „Sozialistische Politik“ 1955: „Die Auseinandersetzung in der Leitung des WWI hat keineswegs bloß persönliche Gründe, sondern ist sachlich und politisch bedingt. Es ging dabei nicht nur um die ‚expansive Lohnpolitik‘, sondern auch um die Einschätzung der Mitbestimmung, die Aufgabenstellung des WWI und um die politische Perspektive der wissenschaftlichen Arbeit.“<sup>85</sup>

Eine zusätzliche Dynamik erfuhr die Diskussion vor, auf und nach dem Kongreß durch die Bewegung gegen einen deutschen Wehrbeitrag, die auf große Resonanz in den Gewerkschaften stieß. Kurz vor dem Frankfurter Kongreß hatte die Bundes-

<sup>81</sup> Vergleiche hierzu die Stellungnahmen der NGG (Brief Nätscher an Brenner vom 7. 6. 1954), der DPG (Brief Ziegler an Brenner vom 23. 7. 1954), der Gewerkschaft Textil (Brief Bock an Brenner vom 15. 7. 1954), der HBV (Brief Pawlik an Brenner vom 9. 7. 1954), der Gewerkschaft Holz (Seeger an Brenner, 7. 7. 1954), in: Zentralarchiv IG Metall, Mappe: Besprechung der Vorsitzenden, ungeordnetes Material.

<sup>82</sup> Vgl. z. B.: Rheinischer Merkur vom 24. 8. 1951: „Das Hirn der Gewerkschaften“. Dort wird das WWI beschrieben als „so etwas wie ein strategischer Apparat, ein Generalstab gewissermaßen, der die Aktionen der Gewerkschaften bis ins kleinste Detail vorplant. Die Gewerkschaftsführung hat sich damit ein politisches Instrument geschaffen, dem in Westdeutschland kaum etwas Gleichartiges an die Seite gestellt werden kann.“

<sup>83</sup> Vgl. Schreiben Nätscher an Brenner vom 7. 6. 1954, in: Zentralarchiv IG Metall, Mappe: Besprechung der Vorsitzenden, ungeordnetes Material.

<sup>84</sup> Gleitze war von 1945–1948 Präsident der deutschen Verwaltung für Statistik in der SBZ. 1948 trat er von allen Ämtern zurück. Bevor er 1954 in die Leitung des WWI einstieg, war er Abteilungsleiter im deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin/West.

<sup>85</sup> Sozialistische Politik 11 (1955), S. 1.



jugendkonferenz des DGB einen Beschluß gegen die Remilitarisierung gefaßt, der auch in Frankfurt vorgetragen werden sollte.

Angesichts jener diffusen und krisenhaften Situation, in der sich die Gewerkschaftsführungen befanden, sahen sie sich vor die Aufgabe gestellt, der Öffentlichkeit ein einheitliches und attraktives Gewerkschaftsbild zu präsentieren. In den Bundesvorstandssitzungen tendierten die Gewerkschaftsführer dahin, die Probleme primär als das Ergebnis einer feindlich gesonnenen Öffentlichkeit und einer offensiven Unternehmerpolitik zu werten<sup>86</sup>. Als Beispiel sei hier die Argumentation des Vorsitzenden der IGM, Hans Brümmer, dokumentiert: „Wir dürften nicht von einer Krise oder einer Stagnation im DGB sprechen, sondern müßten sehen und beobachten, wie die Unternehmer in den letzten Jahren ihre Angriffe gegen unsere Bewegung konzentriert hätten.“<sup>87</sup> Demgegenüber wurden die internen Ursachen wie fehlende Führungsstärke, fehlende Koordinierung zwischen den Einzelgewerkschaften sowie eine fehlende konsensfähige politische Strategie nur indirekt diskutiert. Statt dessen einigte man sich darauf, den internen und externen Krisenursachen durch die Demonstration gewerkschaftlicher Einheit zu begegnen. In diesem Sinne forderte Hans Jahn, der Vorsitzende der Eisenbahnergewerkschaft: „Der Bundeskongreß müsse unbedingt das einheitliche Gesicht des DGB zeigen und wahren. Wir könnten es uns nicht erlauben, von Kongreß zu Kongreß den Vorsitzenden zu wechseln. W. Freitag müsse als Vorsitzender des DGB bleiben, weil wir nach außen zeigen müßten, daß wir auch in diesem Punkt eine einheitliche, kontinuierliche Linie beziehen und halten.“<sup>88</sup> Ins gleiche Horn blies auch Philipp Mittwich, der Vorsitzende der Ledergewerkschaft: „Es dürfe nicht wieder passieren, daß die bürgerliche Presse von einer uneinheitlichen Meinung auf dem Bundeskongreß berichten kann.“<sup>89</sup>

Auf Wunsch des DGB-Bundesvorstandes wurde Viktor Agartz neben Professor Herschel und Willi Richter zu einem der drei Hauptreferenten ernannt, die das Gesicht des Kongresses prägen sollten. Agartz hatte bereits dreimal zuvor anstelle der eigentlich zuständigen Hauptvorstandsmitglieder des DGB-Bundesvorstandes das Grundsatzreferat gehalten<sup>90</sup>. Weil „das Auge der Welt auf den Kongreß gerichtet“ sei<sup>91</sup>, müsse der DGB Einheit und Stärke beweisen. Von ihm erwartete man ein radikales Referat, das der Kritik an der Führungsschwäche des DGB-Vorstandes den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Das war die Aufgabe von Viktor Agartz.

<sup>86</sup> Vgl. Protokoll über die 52. Sitzung des DGB-Bundesvorstandes am 1. 6. 1954, S. 1 und S. 7, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

<sup>87</sup> Ebenda, S. 7.

<sup>88</sup> Ebenda, S. 4.

<sup>89</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> 1947 auf dem Vereinigungsgewerkschaftstag der britischen Zone; 1950 auf der zentralen Kundgebung des DGB zur Mitbestimmung in Düsseldorf und 1951 auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag in Essen.

<sup>91</sup> Protokoll über die 55. Sitzung des DGB-BV am 7. 9. 1954, S. 2, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: BV-Sitzungen.

Im DGB-Bundesvorstand betonte Agartz einige Wochen vor dem Kongreß, „er halte es für wünschenswert, wenn er mit dem Kollegen Freitag die Disposition seines Vortrages durchsprechen und die Rede im Bundesvorstand vortragen“<sup>92</sup> könne. Ob dies geschehen ist, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

## 7. Das Agartzsche Referat

„Wirtschafts- und Steuerpolitik. Grundsätze und Programm des DGB“<sup>93</sup>, so lautete die Überschrift des über drei Stunden dauernden Referates, das Viktor Agartz am 8. 10. 1954 vor über 600 Zuhörern auf dem Frankfurter DGB-Kongreß hielt. Seine Ausführungen waren durch drei Hauptlinien bestimmt.

Linie A: Den „roten Faden“ des Referates bildete eine fundamentale Kritik an der herrschenden Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik. Diese „konservative Restauration“ sei gekennzeichnet durch einen starken „Antikommunismus“, gering ausgeprägte „demokratische Züge“ sowie „eine krasse Spaltung der gesellschaftlichen Schichtung“. Die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik orientiere sich an besitzbürgerlichen Sonderinteressen und sei deshalb weder mit dem normativen Anspruch einer demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung noch mit den realen Bedürfnissen der Arbeitnehmerschaft und ihrer Gewerkschaften vereinbar.

Linie B: Mitbestimmungs-, Miteigentums- und Gewinnbeteiligungspolitik bezeichnete Agartz als „Ersatzlehren“, wenn sie von der eigentlichen Aufgabe der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Neugestaltung ablenkten. Die Auseinandersetzung mit den praktizierten Formen der Mitbestimmung führte er als Konfrontationsdiskurs.

Linie C: In der dritten Hauptlinie proklamierte er die Notwendigkeit einer konflikt- und autonomieorientierten Gewerkschaftspolitik. Kernelemente dieser Konzeption waren: Weiteres Festhalten an den Münchner Grundsätzen bei gleichzeitiger Konkretisierung durch ein Aktionsprogramm, in dem Wege zur Verwirklichung dieser Forderungen aufgezeigt werden. Dafür nannte er: Forderungen an den Staat, Verhandlungen mit den Unternehmern, aber auch die eigenständige Einflußnahme der Gewerkschaften auf die staatlichen Organe zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen. Von besonderer Bedeutung für eine Stärkung der Gewerkschaften sei die „expansive Lohnpolitik“ sowie eine einheitlichere Gewerkschaftspolitik auf der Basis einer zentralen Koordinierung des Kurses der Einzelgewerkschaften, also eine Stärkung des DGB im Verhältnis zu den Einzelgewerkschaften. Abschließend begründete er die Ablehnung eines Wehrbeitrages ökonomisch und gesellschaftspolitisch. Damit schuf er eine wichtige Voraussetzung für die Verabschiedung einer Entschließung gegen den deutschen Wehrbeitrag.

<sup>92</sup> Ebenda.

<sup>93</sup> Das Referat wurde nach dem Kongreß mit dem gleichen Titel als Sonderbroschüre verteilt.

In diesem Referat war nichts enthalten, was Viktor Agartz nicht auch bereits an anderer Stelle in ähnlicher Weise öffentlich artikuliert hatte. Eine direkte und kritische Auseinandersetzung mit der gewerkschaftspolitischen Strategie des Bundesvorstandes vermied er. Die Reaktion des Kongresses war überwältigend: „Lebhafter minutenlanger Beifall“, mit diesen Worten gibt das Kongressprotokoll die Reaktion auf das Referat wider. Matthias Föcher, christlich-sozialer Gewerkschafter und stellvertretender DGB-Vorsitzender, ergriff, in seiner Eigenschaft als Tagungsleiter, zuerst das Wort: „Ich möchte aber nicht unterlassen, noch einmal dem Kollegen Agartz für diese kristallklare Analyse der gegenwärtigen Situation unseren herzlichen Dank auszusprechen.“<sup>94</sup> Diese Reaktion brachte Matthias Föcher vehemente Kritik aus den Reihen der Christlich-Sozialen ein. Sie bewerteten Föchers Haltung als Beweis dafür, daß christlich-soziale Interessen im DGB nicht mehr vertreten würden.

Karl Braukmann, der Sekretär Föchers, rechtfertigte den Kritikern gegenüber das Verhalten der christlich-sozialen Delegierten auf dem Kongreß: „Es war ja wohl ein besonderes Hemmnis, . . . daß die Neuwahl des Vorstandes am letzten Kongreßtag, also am Samstag erfolgte; der Vorstand also während der ganzen Woche schachtmatt gesetzt war. ( . . ) Die Frage der Wehrentschließung fällt auch in diese besondere Situation. Nun zum Agartz Referat: Dieses fand nach 1½ Tagen langweiligster Antragsberatungen statt und war einigermaßen geschickt formuliert. Der Kongreß lief schon über 4 Tage. Die Delegierten waren also gar nicht mehr so frisch, daß sie das von Agartz Vorgetragene bis in letzte Feinheiten und Einzelheiten überschauen konnten. ( . . ) Deshalb war das Ergebnis des Referates: Beifall. ( . . ) Um der Wahrhaftigkeit willen will ich nicht verschweigen, daß z. B. Prof. Ortlieb<sup>95</sup> und einige Herren der ADA<sup>96</sup> in Frankfurt sofort kritische, ja sogar sehr kritische Bemerkungen zum Referat machten. Ich will auch nicht verschweigen, daß der Kollege Föcher das Agartz-Referat als eine glasklare Analyse bezeichnet hat, wobei man diese Formulierung sehr wahrscheinlich nicht wörtlich zu nehmen braucht. Vielleicht hätte ein anderer von einer geschickten Analyse gesprochen. ( . . ) Der ‚Michael‘ schrieb ganz richtig, es wäre von der Mehrzahl der Kongreßteilnehmer jedem als Sakrileg angerechnet worden, der die Agartz-Ausführungen scharf kritisiert hätte.“<sup>97</sup>

Die scheinbar positive Resonanz des Referates – die im Beifall und in den meisten

<sup>94</sup> Protokoll, 3. ordentlicher Bundeskongreß Frankfurt a. M., 4.–9. 10. 1954, o. J., S. 468.

<sup>95</sup> Hans Ortlieb, Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses der SPD, war Gastdelegierter und hat sich nicht in der offiziellen Diskussion zu Wort gemeldet. Nell-Breuning konnte wegen Krankheit an diesem Kongreß nicht teilnehmen. Er wurde anschließend in einem Brief über Atmosphäre und Einschätzung des Kongresses durch Prof. Ortlieb ins Bild gesetzt. Diese Informationen gab mir Oswald von Nell-Breuning in einem Gespräch am 3. 12. 1987.

<sup>96</sup> Abkürzung für: Akademie der Arbeit. Ausbildungsstätte für angehende Gewerkschaftsfunktionäre in Frankfurt.

<sup>97</sup> Karl Braukmann an Pater Hirschmann am 7. 12. 1954, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Christliche Gewerkschaften I. Teil.

anschließenden Redebeiträgen zum Ausdruck kam – ist vor allem auf die in Linie A skizzierte Feindbestimmung zurückzuführen und auf den entschlossenen Willen der Delegierten, ein einheitliches Bild nach außen zu vermitteln. Durch die gemeinsame Fixierung auf den übermächtigen Gegner – die „konservative Restauration“ – konnten alle innergewerkschaftlichen Unterschiede für einen Augenblick überdeckt werden, so wie es sich die Gewerkschaftsführer bei ihrer Kongreßplanung gewünscht hatten. Aus dieser Einheitsfront brachen auch die christlich-sozialen Delegierten nicht aus. Der Öffentlichkeit vermittelte man so den Anschein einer einigen und zum Kampf bereiten Gewerkschaftsbewegung, und der Vorstand wurde wiedergewählt.

Obwohl gerade Linie B – scharfe Kritik an der Miteigentums- und Gewinnbeteiligungspolitik – einen Frontalangriff gegen die christlich-soziale Gewerkschaftspolitik bedeutete, war kein Gewerkschafter dieser Richtung bereit, seine Vorstellungen gegen Agartz zu verteidigen<sup>98</sup>. Man kann dies als ein loyales Zugeständnis an die krisenhafte Situation deuten, in der sich die Gewerkschaften befanden. Schließlich war auch ihnen an einer starken Gewerkschaft gelegen. Möglicherweise wird auch fehlender Mut eine Rolle gespielt haben. Sodann drückte sich darin auch deutlich die politisch-strategische Schwäche des christlich-sozialen Flügels im DGB aus<sup>99</sup>. Sie hatten in der Nachkriegszeit keine eigenen hegemoniefähigen Führerpersönlichkeiten in ihren Reihen. Die führenden christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter stimmten nach 1945 in fast allen relevanten Positionen mit der Mehrheitslinie der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschafter überein, während die außerhalb des DGB stehenden Kräfte im sozialen Katholizismus auf die Verankerung eigenständiger christlich-sozialer Positionen drängten.

Aber ebensowenig, wie sich ein Vertreter der Christlich-Sozialen in der öffentlichen Diskussion kritisch äußerte, sprachen sich die anderen, deren politische Haltung nicht mit der von Viktor Agartz übereinstimmte, explizit gegen sein Referat aus<sup>100</sup>. Damit kam es nicht, wie die Autoren dieser Rede gehofft hatten, zu einer offenen Diskussion über den zukünftigen Weg der Gewerkschaften<sup>101</sup>.

Theo Pirker, damals enger Mitarbeiter von Agartz, resümierte die Konsequenzen

<sup>98</sup> Das Schweigen der Christlich-Sozialen auf dem Kongreß wurde in der Öffentlichkeit heftig kritisiert: z. B. Leserbrief, Norbert Schütz, Schweigen auf dem DGB-Kongreß, in: Politisch-soziale Korrespondenz vom 1. 11. 1954, S. 24.

<sup>99</sup> Vgl. Wolfgang Schroeder, Christlich-Soziale im DGB, in: Stimmen der Zeit, Nr. 12 (1989), S. 839–851.

<sup>100</sup> In der anschließenden Diskussion meldeten sich einschließend des Schlußwortes von Walter Freitag 17 Redner zu Wort, die sich auf das Referat von Viktor Agartz bezogen. Nur drei Redner ließen erahnen, daß sie mit den Agartzschen Ausführungen nicht in allen Punkten übereinstimmten. Es waren dies: Heinrich Gutermuth (IG Bergbau), Werner Hansen (DGB-NRW) und Hermann Beermann (DGB Niedersachsen). Vgl. Protokoll, 3. ordentlicher Bundeskongreß Frankfurt a. M., 4.–9. 10. 1954, S. 468 ff.

<sup>101</sup> Theo Pirker, einer der Mitautoren dieser Rede, hegte die Hoffnung, daß dieses Referat eine offene Auseinandersetzung über den gewerkschaftspolitischen Kurs ermöglichen könnte. Gespräch mit Theo Pirker am 13. 6. 1989.

dieser Rede für Agartz folgendermaßen: „Mit dieser programmatischen Rede hatte er es mit allen wichtigen Kräften innerhalb des DGB verdorben. Walter Freitag, der erste Vorsitzende des DGB, konnte nur mit Neid und Verbitterung den Erfolg des Theoretikers sehen; den Spitzenfunktionären der Verbände wurde auf dem Frankfurter Kongreß bewußt, daß Agartz für die Gewerkschaftsfunktionäre im Lande mehr war als der beliebte Redner und abstrakte Theoretiker: Für sie repräsentierte Viktor Agartz das radikale Programm der Gewerkschaften von 1949; der Gruppe der Gewerkschafter, die auf Revision dieses Programms drängte, erschien dieser neue geistige Führer der Gewerkschaften einfach als ein gewerkschaftliches Unglück; und für die Fraktion der aktivistischen christlichen Gewerkschafter unter der Führung des Jesuitenpaters Reichel und des Bundestagsabgeordneten Even war Agartz der reine Verführer des DGB, und schließlich hatte Agartz mit seinem Referat auch den Wünschen der Aktivisten unter Führung Otto Brenners nicht so entsprochen, wie sie sich das vorgestellt hatten. Agartz saß auf dem Beifall der Delegierten – der gewerkschaftlichen Demokratie –, und die Zukunft sollte zeigen, welche Rolle diese Demokratie in den Gewerkschaften noch spielte.“<sup>102</sup>

### 8. Die katholische Gegenoffensive

Bei den christlich-sozialen Organisationen kam es nach dem Frankfurter Kongreß zu einer in diesem Maße bisher nicht gekannten Mobilisierung, die durch die katholische Publizistik verstärkt wurde. Während in den Zeitschriften des DGB die Rede von Agartz zunächst sehr positiv aufgenommen wurde, holte die katholische Presse („Gesellschaftspolitische Kommentare“, „Ketteler Wacht“, die Bistumsblätter ...) nun um so heftiger die auf dem Kongreß nicht öffentlich artikulierte Kritik nach. Viktor Agartz wurde zur Personifizierung jenes Sozialismusverständnisses, das Pius XI. in der Enzyklika „Quadragesimo anno“ sanktioniert hatte<sup>103</sup>.

Im Mittelpunkt des Protestes standen die Entschließungen zum Wehrbeitrag und der „Kollektivismus des Dr. Viktor Agartz“<sup>104</sup>. Wenn man sich auch im gesamten christlich-sozialen Lager in der Ablehnung der Agartzschen Thesen einig war, so waren die Konsequenzen, die man daraus zog, doch sehr unterschiedlich. Die Befürworter der Einheitsgewerkschaft sahen den Erfolg von Agartz als Ergebnis fehlender engagierter Mitarbeit von seiten der christlich-sozialen Gewerkschaftsmitglieder<sup>105</sup>. Dagegen stand eine andere Lesart dieser Situation: „Das Bild der heutigen Gewerkschaftsbewegung sei sozialistisch. Nach zehnjähriger Entwicklung wäre

<sup>102</sup> Pirker, Macht, Bd. 2, S. 140.

<sup>103</sup> Quadragesimo anno, in: Texte zur katholischen Soziallehre, S. 135.

<sup>104</sup> Kritisches zum 3. DGB-Bundeskongreß, in: Gesellschaftspolitische Kommentare vom 15. 10. 1954, S. 1.

<sup>105</sup> Ebenda. Diese Sichtweise wurde besonders von der Christlich-sozialen-Kollegenschaft proklamiert.

unsere Lage im DGB schlimmer denn je. Schuld an dem Dilemma sei nicht mangelnde Mitarbeit, es fehle eine Alternative.“<sup>106</sup>

Für die Gegner des DGB war die Agartzsche Position identisch mit der des DGB. Deshalb sahen sich diejenigen, die bereits seit 1952/1953 zielgerichtet an der Gründung einer christlichen Gewerkschaft arbeiteten, durch den Frankfurter Kongreß in ihrer ablehnenden Haltung zum DGB bestätigt. Sie nutzten die Agartz-Rede und die daraus resultierende Bewegung, um die geplante christliche Sondergründung vorzubereiten. Vier Wochen nach dem Frankfurter Kongreß, am 8. November 1954, fand ein entscheidendes Treffen statt, in dem die politischen und organisatorischen Voraussetzungen der geplanten Gründung besprochen wurden<sup>107</sup>.

Die katholischen DGB-Gewerkschafter gerieten durch den Frankfurter Kongreß in sozialen Katholizismus in starke Bedrängnis. Dies illustriert der Bericht eines katholischen Gewerkschafters aus Bayern: „Ich darf wohl annehmen, daß die Agartz Rede . . . nicht nur in Bayern, sondern auch im ganzen Bundesgebiet die Gemüter in Wallung gebracht hat. (. . .) Nach meiner Auffassung wäre die Situation nicht so kritisch geworden, wenn wenigstens ein Delegierter dagegen Stellung genommen hätte. (. . .) Maßgebliche Persönlichkeiten der katholischen Standesorganisationen Werkvolk, Gesellenvereine und auch Pater Prinz, Leiter der christlichen Werkgemeinschaften, glauben es nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren zu können, sich weiterhin für die Einheitsgewerkschaft einzusetzen.“ Weiter unterstrich der Briefschreiber die Isolation der christlich-sozialen DGB-Gewerkschafter im sozialen Katholizismus nach dem Frankfurter Kongreß: „Bedauerlich ist, daß diese Kräfte in ihren Organisationen für die Gewerkschaftsbewegung weittragende Beschlüsse faßten, ohne vorher mit uns, die wir hauptamtlich in der Gewerkschaftsbewegung stehen, Rücksprache zu nehmen. Das war bisher in Bayern nicht so. Wir Gewerkschafter hatten auf diese Organisationen bisher immer noch einen starken Einfluß.“<sup>108</sup>

Um sich gegen diese Entwicklung zu wehren, luden sie mit Oswald von Nell-Breuning und Herbert Reichel zwei der wichtigsten Fürsprecher einer Mitarbeit im DGB nach München ein: „Um die Spannung etwas zu lockern, haben die wichtigsten Gewerkschafter aus Bayern Pater Reichel . . . nach München kommen lassen. Pater Reichel hat selbst am Kongreß in Frankfurt teilgenommen. Er nahm diese Gelegenheit wahr, auch das Positive, das der Kongreß zeigte, bekanntzugeben. Am 11. 1. 1955 soll auch Pater v. Nell-Breuning hier in München sprechen. Ich hoffe, daß auch er die Wogen etwas glätten wird.“<sup>109</sup>

Die katholischen DGB-Befürworter verfolgten einerseits das Ziel, die Gründung

<sup>106</sup> Aloys Lenz, nach: Protokoll der hauptamtlichen christlich-sozialen Sekretäre im DGB und in den I.G.s am 8. 1. 1955 in Essen, in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RWV-26-97.

<sup>107</sup> Am Treffen in der Wohnung von Johannes Even nahmen alle potentiellen Unterstützer bis hin zu den Geldgebern vom Internationalen Bund christlicher Gewerkschafter teil. Vgl. Scholl, Neugründung, S. 30.

<sup>108</sup> Fritz Meyer an Karl Braukmann am 12. 12. 1954, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Christliche Gewerkschaften I. Teil.

<sup>109</sup> Ebenda.

einer christlichen Sondergewerkschaft abzuwehren. Andererseits versuchten sie, die eigene Stellung innerhalb des DGB zu stärken. Oswald von Nell-Breuning, Pater Reichel und die Christlich-Soziale Kollegenschaft wurden in dieser Situation für viele christlich-soziale Gewerkschafter zu Hoffnungsträgern. Vor allem war es Pater Reichel, der unermüdlich durch die Republik reiste und zahllose Vorträge hielt, in denen er klar stellte, daß es mit Viktor Agartz keine Einheitsgewerkschaft geben könne<sup>110</sup>.

Das erste innerkatholische Streitgespräch über die unterschiedliche Bewertung der gewerkschaftlichen Situation nach dem Frankfurter Kongreß fand am 13. 12. 1954 im Katholischen Sozialinstitut in Bad Honnef statt. Organisiert und moderiert wurde diese Veranstaltung vom Sozialreferat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Dessen Anliegen war es, den Graben zwischen den konkurrierenden katholischen Positionen zu verkleinern, um den Schaden für die Kirche möglichst gering zu halten. Im Mittelpunkt standen die Fragen nach der Fortführung der Gespräche mit dem DGB und ob eine „Zugehörigkeit der katholischen Arbeitnehmerschaft im DGB weiterhin noch verantwortet werden kann“<sup>111</sup>. Herbert Reichel gab einen Bericht zum Frankfurter Kongreß, und Oswald von Nell-Breuning trug einen Kommentar zur Rede von Viktor Agartz vor. Ins Zentrum der Kritik stellte Nell-Breuning den „politischen Gehalt der Rede, der uns die eigentliche Sorge bereitet“<sup>112</sup>. Seine Kritik kaprizierte sich auf die von Agartz vertretene These vom liberalkapitalistischen Staat: „Das ist seine 80 Jahre rückständige Vorstellung.“<sup>113</sup> Im Ganzen betrachtet, ging Nell-Breuning relativ sachlich auf die einzelnen Argumentationsschritte des Agartzschen Referates ein.

In der anschließenden Diskussion standen sich, laut Protokoll, folgende Positionen gegenüber: „Josef Joos an P. v. Nell-Breuning: Gibt die Rede von Agartz die Auffassung des DGB wieder? P. v. Nell: Sicher stehe Agartz mit seiner Auffassung nicht allein, sondern gebe die Auffassung und Haltung weiter Kreise im DGB wieder. Weite Kreise hätten dagegen ein Mißbehagen. Dort empfinde man Agartz als bösen Geist, wisse aber nicht, wie man denselben loswerden könne. P. Prinz: Kann ein Christ noch Mitglied des DGB sein? (...) P. v. Nell: Die Agartzsche Gesellschaftsauffassung ist für uns unannehmbar. Aber hat sich der DGB programmatisch auf den A.-schen Boden gestellt? Sicher nicht im Ganzen.“<sup>114</sup> „P. v. Nell: Die Frage, ob eine Einheitsgewerkschaft eine im Prinzip verfehlt Konstruktion ist, sei deswe-

<sup>110</sup> Am 16. 11. 1954 forderte Theo Pirker die Reichel-Gruppe wegen ihrer Angriffe gegen Agartz zu einem Gespräch über die innergewerkschaftliche Demokratie auf. Pirker an Thurmaier am 16. 11. 1954, Material im Besitz des Autors: Reichel.

<sup>111</sup> Niederschrift über die Tagung des Sozialreferates vom 13. 12. 1954, S. 1, in: Archiv der Süddeutschen KAB in München, AO: ZdK I. Zu dieser Tagung wurden verschiedene Protokolle angefertigt.

<sup>112</sup> Nell-Breuning, Kommentar zur Rede von Dr. Viktor Agartz, Manuskript, vorgetragen in Bad Honnef am 13. 12. 1954, S. 1.

<sup>113</sup> Ebenda, S. 18.

<sup>114</sup> Protokoll über die Konferenz zur Gewerkschaftsfrage im Katholischen Sozialinstitut in Honnef am 13. 12. 1954, S. 2, in: Archiv des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Bad Godesberg, AZM, 4240.

gen so schwer zu beantworten, weil die Gewerkschaften nicht mehr nur freie Vereine seien, sondern wesentliche öffentlich-rechtliche Aufgaben übernommen haben, z. B. Schöpfung von Rechtsnormen im Tarifvertrag. (...) Domkapitular Tenhumberg: untersucht die Frage nach den beiden Gesichtspunkten der Ehre Gottes und des Heiles der Seelen. Ehre Gottes: können wir die gottgewollte Gesellschaftsordnung in und mit diesem DGB verwirklichen? Heil der Seelen: Sind die Mitglieder in den Gewerkschaften in ihrem Glauben gefährdet? Viele Beispiele, daß Mitglieder der Gewerkschaft für die Kirche unansprechbar werden.“<sup>115</sup>

Dieses Protokoll vermittelt einen lebhaften Eindruck von den unterschiedlichen Deutungen, Akzentsetzungen und Interessenlagen unter den Sprechern des Sozialkatholizismus. Während Nell-Breuning seinen katholischen Gegenspielern die weitere Entwicklung des DGB als offen darstellte, negierte die Mehrheit der Anwesenden diese Einschätzung und vertrat die Meinung, daß die Gründung einer eigenen Gewerkschaft notwendig sei. Ein Ergebnis der Diskussion bestand schließlich in der Absage weiterer Gespräche mit dem DGB.

Der katholische DGB-Gewerkschafter Franz Deus faßte seine Eindrücke von dieser Diskussion in einem Brief an Nell-Breuning zusammen: „Gewiß ist es richtig, daß man keinen hindern kann, heute oder morgen christliche oder katholische oder freie, unabhängige Gewerkschaften zu gründen, aber daß in Honnef so viele auf den Gründungsgedanken einschwenkten und dazu mit so wenig sichhaltigen Begründungen, und daß diese anscheinend so gut wie gar nicht sehen, daß wir in einem Staat leben, in dem nur der kleinere Teil christliche Lehren als absolute Normen bzw. mit Einschränkungen anerkennt! Ich frage mich immer wieder, ob nicht doch die in Honnef zahlreich vertretenen Theologen neben dieser Wirklichkeit herleben!“<sup>116</sup>

Aus Gründen der kirchenpolitischen Loyalität signalisierte Nell-Breuning den Befürwortern einer christlichen Gewerkschaft bereits auf der Honnefer Tagung, daß er keine direkten Angriffe gegen eine christliche Gewerkschaftsgründung vorbringen werde: „Sollten maßgebliche christliche oder katholische Kreise die Gründung einer neuen Gewerkschaft vollziehen, so wäre ich durchaus bereit, mich jeder Stellungnahme zu enthalten, bis der Erfolg gezeigt hätte, ob die Sache lebensfähig ist oder nicht, und zwar unabhängig davon ob ich ‚Gegner einer solchen Gründung‘ wäre oder nicht. Wie es aber gelingen soll, ‚alle, die Gegner einer solchen Gründung sind‘, zur Übernahme einer solchen Verpflichtung zu bringen, das vermag ich nicht abzusehen.“<sup>117</sup>

Der Kampf um die Verhinderung einer christlichen Gewerkschaft war damit für Nell-Breuning fürs erste verloren. Da, wo er hätte kämpfen müssen, schwieg er aus

<sup>115</sup> Ebenda, S. 4f.

<sup>116</sup> Franz Deus an Nell-Breuning am 29. 12. 1954, Material im Besitz des Autors: Deus.

<sup>117</sup> Bemerkungen von Nell-Breuning zu vorstehenden Erwägungen zur Frage: Einheitsgewerkschaften – christliche Gewerkschaften (von C. Schulte), (Ende 1954), S. 2, in: Archiv des ZdK, Bad Godesberg, AZM, 4240.



Gründen der kirchenpolitischen Loyalität. Die Auseinandersetzung um die politischen Positionen des DGB sowie um die weitere Mitarbeit von Katholiken im DGB stand ihm jedoch noch bevor.

### 9. Nell-Breunings Münchener Rede

Am 11. Januar 1955 hielt Oswald von Nell-Breuning in München, auf Einladung seines Ordensbruders Franz Prinz, einen viel beachteten Vortrag gegen Viktor Agartz<sup>118</sup>. Diese Veranstaltung fand einige Tage vor der Landesbezirkskonferenz des bayerischen DGB statt, auf der auch Viktor Agartz sprechen sollte. Es ist zu vermuten, daß Nell-Breuning und diejenigen, die ihn zu dieser Rede eingeladen hatten, auf die Konferenz Einfluß zu nehmen versuchten. Vielleicht erhoffte man sich damit auch, die in Bayern bereits kurz nach dem DGB-Kongreß in Aussicht gestellte Gründung einer christlichen Gewerkschaft verhindern bzw. hinauszögern zu können<sup>119</sup>.

Nach dem Honnefer Vortrag hätte man sich noch ein Streitgespräch zwischen Oswald von Nell-Breuning und Viktor Agartz vorstellen können. Nach dem Münchener Vortrag war dies nicht mehr möglich. In Honnef setzte sich Nell-Breuning noch relativ sachlich mit dem Frankfurter Referat von Viktor Agartz auseinander. In München bezog er nun eine intransigente Konfrontationsposition, die nur noch ein Ziel kannte: der Gegner muß ausgeschaltet werden. Auf die Frage: „Wohin führt Dr. Viktor Agartz den DGB?“ gab er in diesem Referat vier Antworten: „I. in einen Irrgarten staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Wahnvorstellungen; II. er führt in den politischen und klassenkämpferischen Radikalismus; III. (...) er führt in die Verantwortungslosigkeit; IV. er führt in die Spaltung des DGB.“<sup>120</sup>

Das war keine sachliche Auseinandersetzung mehr, die dem Gegner gerecht werden wollte, das war ein Stoß zu seiner Beseitigung. Die Agartzsche Analyse der gesellschaftspolitischen Situation wurde nicht mehr nur, wie noch in Honnef, als der gesellschaftspolitischen Wirklichkeit nicht länger adäquat bezeichnet, sie wurde vielmehr als Wahnvorstellung deklariert. Obwohl Nell-Breuning auch eine Reihe sachlicher Argumente anführte, die den Schein einer diskursiven Auseinandersetzung vermitteln sollten, wurde der Duktus seiner Rede doch geprägt durch disqualifizierende Abwertungen der Person von Viktor Agartz. Aus der Wahnvorstellung resultiere der Radikalismus und dieser führe in die Verantwortungslosigkeit und zur Spaltung des DGB: „... hier erlebten wir es zum ersten Mal, daß gewerkschafts-

<sup>118</sup> Vgl. hierzu: Interview mit Franz Prinz, in: Schroeder, Gewerkschaftspolitik, S. 321; Agartz an Wilhelm Mellies am 15. 3. 1955, in: Zentralarchiv IG Metall, Frankfurt, Akte: Brandel/Pirker/Horn/Agartz; Brief Meyer an Braukmann am 12. 12. 1954, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Christliche Gewerkschaften I. Teil.

<sup>119</sup> Entschließung des Verbandsausschusses des katholischen Werkvolkes in München am 13./14. 11. 1954.

<sup>120</sup> Oswald von Nell-Breuning, Mit Agartz in die Spaltung des DGB?, in: ders., Wirtschaft und Gesellschaft heute, Bd. II, Freiburg 1957, S. 34.

ziell oder mindestens gewerkschaftsoffiziös das Prinzip der Verantwortungslosigkeit proklamiert wurde.<sup>121</sup> „Wenn daher, was Gott verhüten möge, Dr. Viktor Agartz sich in bestimmten Kreisen durchsetzen sollte, dann müßte es zur Spaltung kommen. Ich möchte glauben, diese Spaltung würde nicht zwischen christlich-sozialen und sozialistischen Arbeitnehmern verlaufen, sondern mitten durch die sozialistisch gerichtete deutsche Arbeitnehmerschaft hindurchgehen.“<sup>122</sup>

Nell-Breunings strategische Hauptlinie zielte auf eine offene Spaltung der sozialdemokratisch/sozialistischen Richtung, um eine Stabilisierung des Bündnisses zwischen christlich-sozialer Minderheit und sozialdemokratischer Mehrheitslinie zu erreichen. Nach Nell-Breunings Vortrag hatte fast kein führender Gewerkschafter mehr das Interesse, Agartz gegen Nell-Breuning zu verteidigen. Der noch acht Wochen zuvor gefeierte Sprecher des DGB stand nun alleine.

Auch in diesem Vortrag argumentierte Nell-Breuning nicht ausdrücklich als Anwalt der christlich-sozialen Richtung im DGB. Vielmehr wurde er für einen Augenblick scheinbar zum Führer des gesamten DGB, zumindest zum Sprecher der DGB-Führung um Walter Freitag und all derer, die sich bisher nicht öffentlich getraut hatten, ihre Vorbehalte gegen Viktor Agartz zu artikulieren. Aus dem deutenden Intellektuellen wurde in der spezifischen Konstellation ein eingreifender Intellektueller.

Sein primäres Handlungsfeld war der soziale Katholizismus. Um dort die notwendige Akzeptanz für die Einheitsgewerkschaft zu erreichen, kämpfte er darum, daß die Agartzsche Position, wegen fehlender Vereinbarkeit mit den Zielen der Einheitsgewerkschaft, ausgrenzt werde.

Anfang Dezember 1954 schrieb er einem christlich-sozialen DGB-Funktionär: „Ich würde versuchen, ihn [Walter Freitag, DGB-Vorsitzender] davon abzuhalten, entmutigt oder verbittert das Feld zu räumen; ich möchte ihm zureden, lieber auf dem Feld der Ehre zu fallen. Aus dieser meiner Redewendung erkennen Sie, daß ich mir nur wenig Hoffnung mache, er werde gegenüber den wilden Männern die Oberhand gewinnen. Durch standhaftes Aushalten auf seinem Posten, durch Kampf bis zum letzten für das, was Hans Böckler geschaffen hat, kann er sich ein unschätzbare Verdienst um die deutsche Arbeitnehmerschaft erwerben, auch dann, wenn er selbst in diesem Kampfe fällt.“<sup>123</sup>

Im Gegensatz zur offenen Beschreibung der gewerkschaftspolitischen Situation gegenüber den katholischen DGB-Gegnern fällt seine an die DGB-Führung gerichtete Einschätzung pessimistisch aus. Sie legt das Bild der militärischen Entscheidungsschlacht nahe und gibt die Entschlossenheit und Feindfixierung wieder, mit der sich Nell-Breuning in diesen „heiligen Krieg“ begab. Er signalisierte damit Walter Freitag, daß er bereit sei, seinen Teil zur Ausschaltung von Viktor Agartz beizu-

<sup>121</sup> Ebenda, S. 45.

<sup>122</sup> Ebenda, S. 46.

<sup>123</sup> Nell-Breuning an Braukmann am 7. 12. 1954, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Christl. Gewerkschaften Teil I.

tragen<sup>124</sup>. Der Brief gibt aber eine falsche Einschätzung der wirklichen politischen Kräfteverhältnisse im DGB wieder. Waren doch bereits auf der 1. Bundesvorstandssitzung nach dem Frankfurter Kongreß alle in Frankfurt in Aussicht gestellten politischen Aktionen gegen die Wiederbewaffnung negiert worden<sup>125</sup>; es war längst evident, daß so gut wie kein Gewerkschaftsführer geneigt war, der Agartzschen Position zu folgen<sup>126</sup>. Es ist aber anzunehmen, daß diese zuspitzende und dramatische Darstellung der Situation eine notwendige Bedingung seines emphatischen Engagements gegen Viktor Agartz war.

Weitere Überlegungen, die seiner Intervention gegen Viktor Agartz zugrunde gelegen haben mögen, sind auf seine Stellung im Katholizismus und im Unternehmerlager zurückzuführen. Nell-Breunings schwache Stellung im Kreis der Führungseliten des organisierten Katholizismus war vor allem das Ergebnis eines Übergewichtes integraler Tendenzen<sup>127</sup>. Das Urteil Gustav Gundlachs, des damaligen ranghöchsten deutschen Sozialethikers und Beraters Papst Pius XII., über das Verhalten Nell-Breunings in der Agartz-Kontroverse verdeutlicht dies: „Als er in München seine Rede gegen Agartz hielt, beging er einen Fehler ersten Ranges. Er tat so, als sei immer noch nicht klar, daß Agartz mit dem DGB identisch ist: Ja er drückte die Hoffnung aus, daß dies nicht der Fall sei und berief sich auf den ‚DGB des Hans Böckler‘. (. . .) Die Rede von Pater von Nell war nur eine ‚halbe‘ Bekehrung von der Irenik. Sollte nicht für alle die klare Konsequenz sein, daß der DGB nicht zu verchristlichen ist?“<sup>128</sup>

Diese Aussagen unterstreichen, wie groß die analytische Differenz zwischen Nell-Breuning und Gundlach in dieser Frage war. Wie realitätsfremd und machtfern mutet erst die Vorstellung an, daß der DGB zu „verchristlichen“ sei. Dies in Rechnung stellend, wird deutlich, daß Nell-Breuning in den fünfziger Jahren eine Ausnahme unter Deutschlands führenden Sozialethikern darstellte: Er war der analytisch Modernste.

Die Wirkung seiner Münchener Rede gegen Agartz bewertete Nell-Breuning acht Wochen später: „Die Rede hat offenbar gut eingeschlagen: in ‚kirchlichen‘ und Unternehmerkreisen hat sie mich ‚rehabilitiert‘; die Gewerkschaften haben sich selbst geehrt durch die Art, wie sie sie aufgenommen haben.“<sup>129</sup>

Nell-Breunings Stärke beruhte auf einer relativen institutionellen Unabhängigkeit. Diese setzte voraus, daß er als vermeintlicher Repräsentant des Allgemeinwohles in

<sup>124</sup> Am Ende des Briefes heißt es: „Ich ermächtige Sie, von diesem meinem Brief nicht nur gegenüber Herrn Föcher, sondern auch gegenüber Herrn Freitag Gebrauch zu machen; vielleicht tut er bereits den gleichen Dienst wie eine Aussprache.“ In: Ebenda.

<sup>125</sup> Vgl. Protokoll über die 27. Sitzung DGB-Bundesausschuß am 15. 11. 1954, S. 5–8, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Bundesausschuß 1954.

<sup>126</sup> Eine Ausnahme war der Vorsitzende der IGCPK, Hermann Gefeller.

<sup>127</sup> Hiermit ist die Vorstellung gemeint, die gesellschaftliche Ordnung allein aus dem katholischen Glauben heraus gestalten zu können.

<sup>128</sup> Gustav Gundlach an Herbert Reichel am 18. 5. 1955, Material im Besitz des Autors: Reichel.

<sup>129</sup> Nell-Breuning an Deus am 16. 3. 1955, Material im Besitz des Autors: Deus.

allen Lagern Anerkennung fand. Dazu gehörten auch die Unternehmer, die durch diverse Äußerungen Nell-Breunings aus dem Jahre 1954 beunruhigt zu sein schienen. Nach seiner Intervention gegen Agartz durfte er darauf hoffen, auch hier wieder das notwendige Vertrauen zu finden<sup>130</sup>.

Nach dem Honnefer Treffen, im Dezember 1954, gab Franz Deus im Hinblick auf das Münchener Referat folgende Vorschläge an Nell-Breuning: „Ich meine, das Referat müßte die gleiche Verbreitung finden wie das Agartz'sche. Nur dürfte es m. E. nicht da stehen bleiben, wo es in Honnef aufhörte, sondern müßte in einem zweiten Teil das bringen, was wir aus der Sicht der katholischen Soziallehre zu den von Agartz behandelten Fragen zu sagen haben. Nur so kann man m. E. die Wirkung des Agartz'schen Referates, das von vielen Funktionären kritiklos nachgebetet wird, paralisieren.“<sup>131</sup> Nell-Breunings Antwort: „... ich lasse mir Ihren guten Wink dienen und will versuchen, nicht nur Agartz zu zerzausen, sondern auch etwas Positives zu bieten“<sup>132</sup>. Da seine eigenen konzeptionellen Vorstellungen (z. B. Investivlohnkonzept, Berufsständische Ordnung) in den Gewerkschaften keine Resonanz fanden, brachte er diese in München nicht ins Spiel. Statt dessen beschränkte er sich auf das Feld der Kritik.

Vor dem Hintergrund der hier dargelegten Bedingungen und Motive lassen sich in Nell-Breunings Kampf gegen Agartz drei grundsätzliche Ziele hervorheben, die auch seine Münchener Rede prägten: 1. Von seiner Rede versprach er sich eine Signalwirkung für die Stabilisierung des Bündnisses zwischen christlich-sozialer Minderheit und sozialdemokratischer Mehrheit im DGB. 2. Weiterhin versuchte er seine Stellung im DGB und im Katholizismus zu verbessern. Damit hoffte er auch, die DGB-Akzeptanz im sozialen Katholizismus zu erhöhen. 3. Ein ebenfalls einkalkulierter Effekt war die Wirkung der Rede auf die Unternehmerschaft.

## 10. Viktor Agartz' Fall im DGB

Sonderdrucke der „Gesellschaftspolitischen Kommentare“ und der „Politisch-Sozialen-Korrespondenz“ trugen Sorge dafür, daß das Referat einer breiten Öffentlichkeit zugänglich wurde. Hinzu kamen eine Fülle von Besprechungen in den Tages- und Wochenzeitungen. Seine Rede wurde also zu einem Medienereignis, gleich der Rede von Viktor Agartz auf dem Frankfurter Kongreß.

Für die Dynamisierung der Kritik an Viktor Agartz trägt die Christlich-Soziale Kollegenschaft mit den vierzehntägig erscheinenden „Gesellschaftspolitischen Kommentaren“ eine wesentliche Verantwortung. Über ein Jahr hinweg erfolgte in jeder Nummer ein Frontalangriff auf die Person und das Konzept von Viktor Agartz.

<sup>130</sup> Hierzu eine Anmerkung aus einem Brief Schmitt's, dem Verbandspräsidenten der westdeutschen KAB, an Gundlach: „Neben dem Bundeswirtschaftsminister sind auch einige Unternehmer, die sonst gutwillig und klarsichtig sind, Herrn von Nell gegenüber sehr verschupft. Ob den Alten das beeindrucken wird?“ Schmitt an Gundlach am 18. 11. 1954, in: AKH.

<sup>131</sup> Deus an Nell-Breuning am 29. 12. 1954, S. 2, Material im Besitz des Autors: Deus.

<sup>132</sup> Nell-Breuning an Deus am 31. 12. 1954, in: Ebenda.

„Die interessierten Dritten“<sup>133</sup> hatten in Nell-Breuning einen Sprecher für ihre Interessen gefunden. Seine öffentlichkeitswirksame Intervention erleichterte es auch den Gewerkschaftsspitzen, die in Frankfurt noch zu den ersten Gratulanten gehörten, sich offen von Agartz zu distanzieren. Neben die offensive Kritik aus katholischen und einigen sozialdemokratischen Kreisen, die bald nach dem Frankfurter Kongreß in der Presse erschien, trat die Kritik in den internen Gremien des DGB und der SPD. In der sozialdemokratischen Partei war es vor allem der wirtschaftspolitische Ausschuß beim Parteivorstand, der sich in seinen Ausschußsitzungen gegen das Frankfurter Referat aussprach und dieses als unvereinbar mit dem Berliner Programm bezeichnete<sup>134</sup>.

Es kam weder zu einem Streitgespräch der beiden Kontrahenten noch zu einer offenen Kontroverse über die unterschiedlichen Konzeptionen in den offiziellen gewerkschaftlichen Publikationen. Erstaunlicherweise trat auch Agartz nicht an die Öffentlichkeit, um sich gegen Nell-Breunings Angriffe zur Wehr zu setzen<sup>135</sup>. Es war aber auch sonst niemand bereit, sein Ansehen einzusetzen, um eine offene Diskussion zu ermöglichen.

Der DGB-Vorstand hatte Agartz mit dem Referat in Frankfurt beauftragt. Er kannte aller Wahrscheinlichkeit nach die einzelnen Argumentationslinien des Referates vor seiner Verlesung, und er gehörte zu den ersten Gratulanten nach der Rede. Von all dem wollte er nun nichts mehr wissen. Daß er sich nicht hinter Agartz stellte, unterstreicht einmal mehr, daß das Agartzsche Referat wegen seiner atmosphärischen Wirkung ausgewählt wurde und nicht wegen seiner inhaltlich-strategischen Orientierungen. Die IGM-Führung um Otto Brenner, die wichtigste gewerkschaftliche Kraft, hatte ebenfalls kein Interesse, Agartz zu stützen. Bereits kurz nach dem Frankfurter Kongreß wendeten sich führende Funktionäre in den IGM-Gremien gegen Agartz<sup>136</sup>.

In der SPD gab es nur vereinzelt Widerpruch gegen die Annäherung an den sozialen Katholizismus, und dieser blieb ohne Öffentlichkeitswirkung. Einige der Kritiker nahmen das Nell-Breuning-Referat zum Anlaß, ihren Unmut gegen die innerparteilichen Machtverschiebungen, die bei einer solchen Annäherung erwartet wurden, zu artikulieren: „Es ist tatsächlich keine erstmalige Erfindung von Nell-Breuning, mit einer leichten Verbeugung gegen Marx, in Antisozialismus zu machen. Es gibt eben sehr verschiedene Arten, seiner antisozialistischen Grundhaltung Ausdruck zu geben. (...) Die Art der Polemik, in der Agartz klassenkämpferi-

<sup>133</sup> Vgl. Rolf Schroers, *Der Partisan*, Köln 1961, S. 247 ff.

<sup>134</sup> Vgl. Protokolle des wirtschaftspolitischen Ausschusses vom 3. 12. 1954 bis zum 10. 6. 1955, in: ASD-PV-Bestand. Wipo-Ref. L 12, 01609, 12 ff. + L 13, 01609, 8 f.

<sup>135</sup> Versuche, „auf einer Versammlung in München und in Würzburg mit den anwesenden Schülern und Ordensbrüdern Nell-Breunings in eine offene Debatte einzutreten (scheiterten; W. Sch.). An einer solchen Debatte aber war Nell-Breuning und seinen Freunden nicht gelegen“; vgl. Pirker, *Macht*, Bd. 2, S. 150.

<sup>136</sup> Vgl. Niederschrift über die Sitzung des Beirates der Industriegewerkschaft Metall am 14./15. 12. 1954, in: Zentralarchiv IG Metall, Frankfurt.

scher Radikalismus und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen wurde, stimmt vollkommen mit den im wahren Sinne des Wortes jesuitischen Darlegungen des Artikels in der ‚Neuen Gesellschaft‘ überein. Zweck der Übung ist zweifelsfrei nicht nur die Spaltung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, die Nell-Breuning in Aussicht stellte, sondern auch einen Keil in die sozialistische Bewegung selbst zu treiben.“<sup>137</sup> Der Autor dieses Briefes lehnte es ab, daß Gespräche mit führenden Vertretern des Katholizismus von der Parteileitung angeordnet wurden, bevor innerhalb der Partei eine Diskussion über diese Frage herbeigeführt worden war.

Die Position von Viktor Agartz war durch die Entwicklung im WWI, in der SPD und im DGB sowie durch die Offensive des Sozialkatholizismus, vor allem die Rede Nell-Breunings, erheblich geschwächt. Zusätzlich belastete er seine prekäre Situation noch durch eigene Fehler. Der erste und vielleicht entscheidende bestand in der Herausgabe eines Sonderheftes der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ (GMH), in dem Walter Horn den Aufsatz „Oswald von Nell-Breuning S. J. kontra Oswald von Nell-Breuning S. J.“ veröffentlichte. Horn versuchte darin nachzuweisen, daß „dieses auch heute noch von allen anerkannte Frankfurter Programm durchaus in Übereinstimmung stand mit allen Postulaten, die in München 1949 aufgestellt und die in ähnlicher Form von Nell-Breuning früher selbst vertreten worden sind“<sup>138</sup>.

Der Versuch, die Diskussion wieder in der öffentlichen Arena zu führen, hatte lediglich die Aufwertung Nell-Breunings zur Folge, ohne daß es zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung kam. Nell-Breuning schätzte die gewerkschaftspolitische Situation nach der Herausgabe der Horn-Broschüre so ein: „Falls Sie es noch nicht wissen sollten: Agartz befindet sich dem Hauptvorstand der SPD und dessen wirtschaftspolitischen Ausschuß gegenüber noch sehr viel mehr in Bedrückung und Verteidigungshaltung als im Verhältnis zu mir.“<sup>139</sup>

Wohl wissend, daß die SPD in der Agartz-Linie eine Belastung sah, die die Glaubwürdigkeit ihres Modernisierungswillens in Frage stellte, ging Nell-Breuning mit dem DGB-Bundesvorstand und der Redaktion der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ hart ins Gericht. Er forderte den DGB-BV auf, sich von dieser Broschüre zu distanzieren, und schlug eine Umbesetzung der Redaktion der „GMH“ vor.<sup>140</sup> Massive Unterstützung erhielten seine Forderungen von seiten der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitiker Karl Schiller<sup>141</sup>, Gerhard Weisser und Heinz Ort-

<sup>137</sup> Reventlow an Eichler am 14. 1. 1955, in: ASD-PV-0652-Neue Gesellschaft 1954–1958.

<sup>138</sup> Walter Horn an Kuno Brandel am 26. 10. 1955, in: Zentralarchiv IG Metall, Frankfurt, AO: Agartz, Pirker, Brandel.

<sup>139</sup> Nell-Breuning an Reichel am 17. 5. 1955, Material im Besitz des Autors: Reichel.

<sup>140</sup> Nell-Breuning an Georg Reuter am 25. 5. 1955, in: Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP), Nachlaß Braukmann I-193-006; Nell-Breuning an Matthias Föcher am 10. 6. 1955, in: Ebenda; Nell-Breuning an Matthias Föcher am 16. 6. 1955, in: Ebenda; Aktennotiz Braukmann, Besuch bei Nell-Breuning am 20. 6. 1955, in: Ebenda.

<sup>141</sup> Schiller an Freitag am 14. 6. 1955, in: Ebenda.

lieb<sup>142</sup>, die anscheinend nur auf einen solchen Anlaß gewartet hatten, um den DGB zu einer offiziellen Distanzierung zu bewegen.

Die Horn-Broschüre wurde von den Christlich-Sozialen innerhalb und außerhalb des DGB als Frontalangriff auf die katholische Soziallehre und damit auch auf die katholische Kirche bewertet<sup>143</sup>. Auf dieser grundsätzlichen Ebene argumentierend, versuchten sie den DGB zu weiteren Zugeständnissen an die christlich-soziale Richtung zu veranlassen. Am 15. Juni 1955 kam es zu einem Treffen zwischen Vertretern der Christlich-sozialen Kollegenschaft und Walter Freitag. Dabei wurde eine DGB-offizielle Distanzierung von der Horn-Broschüre vereinbart<sup>144</sup>. Auf der 30. Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes, am 27. Juni 1955, distanzierte sich der DGB von der Broschüre und verbot deren Verbreitung<sup>145</sup>. Daß sich der DGB-Vorstand von einer Veröffentlichung in einem gewerkschaftlichen Publikationsorgan öffentlich distanzierte, ist ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des DGB.

Der unmittelbare Anlaß für den derart vorbereiteten Sturz von Viktor Agartz wurde dann eine Affäre, deren Einzelheiten bis auf den heutigen Tag noch nicht endgültig aufgeklärt wurden. Im Kern ging es um eine Intrige, deren Initiator Agartz selbst gewesen sein soll. Agartz habe versucht, den mißliebigen Gegenspieler in der Führung des WWI, Bruno Gleitze, durch belastendes Material über dessen politische Vergangenheit in der SBZ auszuschalten. Da die Briefe sich als Fälschungen erwiesen haben sollen, wurden beide beurlaubt<sup>146</sup>. Die Beurlaubung von Viktor Agartz, am 8. Oktober 1955, verhinderte jedoch nicht, daß es am 15. Oktober 1955 zur Gründung der Christlichen Gewerkschaften kam. Am 21. Dezember 1955 schied Viktor Agartz offiziell aus dem WWI aus. Ebenfalls entlassen wurden Theo Pirker und Walter Horn, die im WWI eng mit Viktor Agartz zusammengearbeitet hatten. Versuche seitens des bayerischen DGB-Vorsitzenden Max Wönnen<sup>147</sup> und mittlerer und unterer Kader, diese Entlassungen abzuwenden, scheiterten<sup>148</sup>.

Nach dem Ausscheiden von Agartz beurteilte Nell-Breuning die Entlassung seines ärgsten Gegenspielers: „Nun ist der Fall Agartz ausgestanden. Aber wir verdanken es nur den maßlosen Dummheiten und Taktlosigkeiten A's, daß die Gründung christlicher Gewerkschaften ihn nicht wieder in den Sattel gesetzt hat. Ich darf mir in aller Bescheidenheit einen Anteil an der damit gefallenen Entscheidung zuschreiben, aber ich fürchte, daß das nur in sozialistischen Kreisen anerkannt und mir

<sup>142</sup> Ortlieb an den Bundesvorstand des DGB am 31. 5. 1955, abgedruckt in: Michael Nr. 24 vom 12. 6. 1955.

<sup>143</sup> Vgl. Deuschel an Braukmann, in: ACDP, Nachlaß Braukmann I-193-006.

<sup>144</sup> Herbert Reichel an Karl Albin am 19. 9. 1955, Material im Besitz des Autors: Reichel.

<sup>145</sup> Protokoll über die 30. Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstandes am 27. 6. 1955, in: DGB-Archiv, Düsseldorf, AO: Geschäftsführender BV.

<sup>146</sup> Vgl. hierzu die Darstellung bei Riesche, Agartz, S. 57 ff.

<sup>147</sup> Schreiben von Max Wönnen an den DGB-BV vom 31. 10. 1955 wurde am 22. 11. 1955 abgelehnt, vgl. Scholl, Neugründung, S. 185.

<sup>148</sup> Vgl. hierzu die Solidaritätsschreiben, die aus der gesamten Republik in den Gewerkschaftszentralen eintrafen. Vgl. Zentralarchiv IG Metall, Frankfurt und DGB-Archiv, Düsseldorf.

gedankt werden wird. Der erste Urheber meiner Aktion war übrigens Pater Prinz!<sup>149</sup>

### 11. Resümee

Die Entwicklung und das Ergebnis des Konfliktes zwischen Viktor Agartz und Oswald von Nell-Breuning spiegeln die Krise der Gewerkschaften und die Polarisierung zwischen katholischem und sozialistischem Denken in den fünfziger Jahren wider. Die besondere Dynamik dieser Kontroverse ist zurückzuführen auf die wechselseitige Verstärkung des sozialdemokratischen Modernisierungsprozesses, des katholischen Gewerkschaftsstreites und der gewerkschaftlichen Krise. All dies war geprägt durch die Atmosphäre des „Kalten Krieges“.

Die Kontroverse verfestigte und stabilisierte sowohl die Schwäche des Dachverbandes gegenüber den Einzelgewerkschaften wie auch die pragmatische und politisch abstinenten Haltung des DGB. Für die Stellung der Gewerkschaften in Politik und Ökonomie gingen von dieser Kontroverse also keine Anstöße aus, die den Gewerkschaften eine neue strategische Orientierung vermittelt hätten.

Mit Viktor Agartz und Oswald von Nell-Breuning standen 1954/1955 zwei Intellektuelle im Rampenlicht der Öffentlichkeit, deren wirtschafts- und gewerkschaftspolitische Vorstellungen sich nicht durchsetzen konnten. Die Bedeutung von Viktor Agartz bestand darin, daß er in der Zeit der gewerkschaftlichen Defensive der bedeutendste Sprecher gegen die Kritiker der Gewerkschaften in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat war. Zudem gab er wesentliche Anstöße für die gewerkschaftliche Ideologie- und Lohnpolitik. An der Entwicklung der gewerkschaftlichen Programmatik war er bis hin zum DGB-Aktionsprogramm 1955 maßgeblich beteiligt. Seine stärkste Resonanz fand er auf der mittleren Funktionärebene, insbesondere unter den gewerkschaftlich-betrieblichen Funktionären. Aber auch in vielen Einzelgewerkschaften fanden seine Ideen Zustimmung, wie die zahlreichen Einladungen als Sprecher bei gewerkschaftlichen Großveranstaltungen unterstreichen.

Dagegen hatte Oswald von Nell-Breunings Einfluß auf die gewerkschaftliche Diskussion einen indirekteren Charakter. Er bildete einen intellektuellen Brückenkopf zwischen der sozialdemokratischen und der christlich-sozialen Arbeiterbewegung.

Während Agartz für die Fortschreibung des Münchner Programms plädierte, setzte sich Nell-Breuning für dessen Revision ein. Sowohl das Konzept einer „Wirtschaftsneuordnung“ wie auch die proklamierte „Berufsständische Ordnung“ lagen 1954 fern ab von den realpolitischen Diskursen in Partei, Gewerkschaft und Katholizismus. Für Agartz waren die Gewerkschaften eine Gegenmacht, der auch ein politisches Initiativrecht zusteht. Für Nell-Breuning waren sie „befestigte Organisatio-

<sup>149</sup> Nell-Breuning an Jakob David am 24. 12. 1955, in: Archiv der Schweizer Provinz der Jesuiten in Zürich, Nachlaß: David.



nen“, die es politisch zu neutralisieren galt. Entscheidende Differenzen existierten in der Lohnpolitik, wo Agartz eine „expansive Lohnpolitik“ und Nell-Breuning eine „Investivlohnpolitik“ forderten.

Der Erfolg von Viktor Agartz auf dem Frankfurter DGB-Kongreß schien die Möglichkeit einer Veränderung der innergewerkschaftlichen Kräfteverhältnisse zu bieten und damit auch eine andere Orientierung der gewerkschaftlichen Politik. Unterschiedlichste Kräfte trugen Sorge dafür, daß dies nicht eintrat. Ihr offensivster Sprecher war Oswald von Nell-Breuning. Mit seiner vehementen Kritik an Viktor Agartz drängte er ihn und seine Anhänger in die Defensive und Isolierung, während er selbst für eine kurze Zeit zu einer strategischen Schlüsselfigur wurde. Es ist jedoch nicht primär auf Nell-Breuning zurückzuführen, daß Agartz aus dem DGB gedrängt wurde, sondern auf die oben genannte Konstellation, in der Agartz aufgrund seiner intransigenten Haltung aus der Sicht seiner Gegner nicht mehr bündnisfähig war. Zusätzlich belastet wurde die Situation zuungunsten von Viktor Agartz durch eigene Fehler bzw. die seiner Mitarbeiter (Horn-Broschüre).

Nell-Breunings Engagement gegen Viktor Agartz und das gewerkschaftliche Neuordnungsprogramm erfolgte vor dem Hintergrund einer polarisierten innerkatholischen Kontroverse über das Verhältnis zur Einheitsgewerkschaft, in welcher er unter den führenden Repräsentanten eine Minderheitsposition vertrat. Deshalb verfolgte seine Kritik an Viktor Agartz auch das Ziel, seine katholischen Kritiker in den Fragen der Gewerkschafts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu überzeugen und somit seine konzeptionelle Hegemoniefähigkeit im Sozialkatholizismus zu fördern. Aus seinem punktuellen Einfluß im DGB erwuchs jedoch kein dauerhafter; die Suche nach einer innergewerkschaftlichen Operationsbasis war auch danach für ihn nicht leichter geworden, wie die Kontroversen der nächsten Jahre zeigten.

Die gewerkschaftliche Strategiediskussion der fünfziger Jahre wird auch von der sozialdemokratischen Modernisierungs- und durch die katholische Gewerkschaftsdiskussion beeinflusst. Während die Modernisierungskräfte in der SPD von der christlich-sozialen Drohhpolitik gegen den DGB unmittelbar profitierten, indem ihre innerparteilichen Gegner in DGB und SPD geschwächt wurden, rief die Öffnungsstrategie der SPD innerhalb des Katholizismus erst mittelbar Reaktionen hervor. Denn trotz einer zunehmenden Öffnung der SPD und einer expliziten Unterordnung der Gewerkschaften unter die Parteien kam es 1955 zur Gründung christlicher Gewerkschaften.

Der Bedeutung der Wahlniederlagen für die SPD entspricht auf Seiten des DGB die Drohung der christlich-sozialen Richtung mit der Spaltung. Beides, sowohl die Wahlniederlagen der SPD als auch der Spaltungsdruck der Christlich-Sozialen, waren nur äußere Ereignisse. Dahinter standen umfassende Veränderungen politischer, ökonomischer, sozialstruktureller und mentalitätsgeprägter Art, so daß der Konflikt zwischen Nell-Breuning und Viktor Agartz nur die gebrochene Optik eines realen Konfliktes widerspiegelte. Und zwar des Konfliktes zwischen der ideologischen und praktischen Anpassung an den modernisierten Wirtschaftswunder-

Kapitalismus auf der einen Seite und dem Festhalten an den reformsozialistischen Neuordnungsvorstellungen andererseits.

Das unterschiedliche Ansehen und die unterschiedliche Bedeutung, die Oswald von Nell-Breuning und Viktor Agartz in der Bundesrepublik genießen, hat sich auch im geschriebenen Gedächtnis niedergeschlagen. Blättern wir im jüngst erschienenen „Lexikon Linker Leitfiguren“<sup>150</sup>, so finden wir unter dem Buchstaben A so bekannte Namen wie Abendroth, Adorno usw., suchen aber vergeblich den Namen Agartz. Beim Buchstaben N finden wir dagegen eine ausführliche biographische Abhandlung zu Oswald von Nell-Breuning.

---

<sup>150</sup> Edmund Jacoby (Hrsg.), *Lexikon Linker Leitfiguren*, Frankfurt 1988, Nell-Breuning, S. 291.